

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Son- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Telefon Nr. 83 und 151
Postfach Nr. 5796
Gesamtamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte, 10 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 264. (8tes Blatt.)

Herford, Dienstag, den 9. November 1920

38. Jahrgang.

Zum 9. November.

Von Minister a. D. Hermann Dietrich,
Mitglied des Reichstags und des bad. Landtags.

Welche Sorgen haben uns alle beschlichen, als am 9. November 1918 der alte Staat und mit ihm das deutsche Volk zusammenbrach! In welcher entsetzlichen Situation befanden wir uns, als wenige Wochen darauf die Reichsregierung nach Diebsteck und Rosa Luxemburg und damit zum Bolschewismus abzusinken drohte! Das Chaos im Reich war unerhört. Soldaten- und Arbeiterrevolten störten den geordneten Gang der Staatsmaschine, die Eisenbahn war am zusammenbrechen, die Post unzuverlässig, Rohstoffe und Lebensmittel drohten auszugehen. Streik, Aufruhr und Blutvergießen waren die Signatur des Tages. Man vergißt das Unangenehme gern und so wissen viele nicht mehr, wie schlimm es damals aussah und wie haben auch vergessen, wie dankbar sie damals für jeden Hoffnungsschimmer und auch für jeden bürgerlichen Mann waren, der den Mut fand, in den neuen Regierungen mitzuarbeiten.

Hört man heute die äußerste Rechte, so könnte man meinen, es sei seither noch schlimmer geworden, die geschichtliche Wahrheit aber ist, daß es, wenn auch unter Hemmnissen, unaufhaltsam besser geworden ist. Nicht nur, daß wir das Reich wieder auf einen verfassungsmäßigen Boden gestellt, die Regierung nicht verfassungsmäßiger Organisationen beseitigt und dafür gesorgt haben, daß das bürgerliche Element wieder einen Einfluß im Staat bekam; wir haben sogar in der Vereinheitlichung der Eisenbahnen, des Finanzwesens, des Zollwesens neue Bänder für die deutsche Einheit geschaffen. Die Fehler, die dabei gemacht wurden, namentlich im Steuerwesen, können behoben werden, man ist daran, die Tätigkeit des Staates auf ein erträgliches Maß von Aufgaben zurückzuführen, mit dem bewährten und bewährten der Krieg- und Zwangswirtschaft aufzuräumen. Diejenigen, die aber nichts anerkennen, tragen wir, ob sie im November 1918 den Mut hatten, so zu reden wie heute und ob es nicht für den Wiederaufbau des Staates spricht, wenn viele, die damals schwiegen, heute nach herzenslust Kritik machen können.

Politisch sind wir das freieste Volk der Erde geworden. Wirtschaftlich sind wir verarmt und leben von Schlagworten und unfruchtbaren Doktrinen. Die Verarmung, die eine Folge des verlorenen Krieges ist, ist die Grundlage und die Ursache, daß wir auch sozial, trotz aller schönen Phrasen, die gemacht werden, rückwärts gehen. Je schwerer unsere Lage unter dem Druck des Nordvertrages von Versailles ist, umso mehr müssen wir los vom leeren Wort und inhaltslos, umso mehr müssen wir die Form der Wirtschaft kommt losen Dogma. Nicht auf die Form der Wirtschaft kommt es an, sondern auf ihre Leistung, und vom sozialen Standpunkt ist diejenige Wirtschaftsform die beste, die unter den gegebenen Verhältnissen den breitesten Volks-

Das Neueste vom Tage.

Nach Mitteilung der Botschafterkonferenz soll die Danziger Verfassung am 15. November in Kraft treten.

Bis Ende d. M. wird nach Mitteilung des Reichskohlenkommissars ein Uebersichtensabkommen für Oberschlesien unterzeichnet werden.

Von rechtsstehender Seite ausgehende Mitteilungen von einer Bevorzugung katholischer Kreise bei den Verhandlungen der Reichsregierung über Schul- und Bekenntnisfragen trifft nicht zu. Es wird lediglich mit den Unterrichtsverwaltungen der Länder verhandelt.

Die Landtags- und oberfränkischen Kreistagswahlen im ehemaligen Freistaat Koburg brachten je einem Vertreter der Rechtsparteien, der Demokraten und der Mehrheitssozialisten ein Mandat ein.

Der deutsche Gesandte in Lissabon übergab dem portugiesischen Präsidenten sein Beglaubigungsschreiben.

Bei den italienischen Gemeinderatswahlen in Neapel, Palermo, Bari, Pisa, Genua und Florenz die verfassungstreuen Parteien die Mehrheit.

Bei Freudenlundgebungen anlässlich des Wahlausfalles in Florenz kam es zu einem Zusammenstoß mit sozialistischen Gruppen, der einige Tote und Verletzte im Gefolge hatte.

Um die Unruhen in Jland niederzuschlagen, geht die englische Regierung mit der Absicht um, über das Land die Blockade zu verhängen.

Der Entwurf für ein englisch-russisches Handelsabkommen ist fertiggestellt und wird in nächster Zeit in die Tat umgesetzt werden.

Garding hat sich bereits mit den führenden Männern Amerikas in Verbindung gesetzt zur Begründung eines Verbandes der Nationen.

Schichten das meiste Brot, die besten Wohnungen und die ausgereichteste Bekleidung zu schaffen vermag.

Schwere Fehler sind in den vergangenen zwei Jahren gemacht worden. Eine unfruchtbare Kritik am historischen Gewordenen, eine Verständnislosigkeit für das Große in der Geschichte Preußens, die doch die Geschichte des Weges ist, auf dem das Deutsche Reich wurde, hat entsetzliches Unheil angerichtet und doch haben wir die Hoffnung, daß wir auf dem Wege zum nationalen Gedanken sind, der allein das Mittel sein kann, welches in den Schicksalsstunden des deutschen Volkes alle und alle Parteien

deutsch fühlen und deutsch handeln lernen wird. Es ist aber nicht national zu glauben, man könne das Rad der Geschichte rückwärts drehen. Das deutsche Volk ist in einem großen Umbildungsprozeß. Für immer wird die Tatsache, daß jeder zweite Deutsche ein Arbeiter ist und daß fast die ganze eine Hälfte der Bänke des Reichstags mit Arbeitervertretern sozialistischer Richtung besetzt sind, ein geschichtliches Moment sein, das jeder Staatsmann in seine Rechnung aufnehmen muß. Eine Regierung über diesen Teil des Volkes hinweg, bedeutet eine Episode, wenn sie nicht überhaupt in den Abgrund führt.

Doch entscheidet sich die weitere Zukunft Deutschlands nach den Vorgängen der äußeren Politik. Solange der Versailler Vertrag steht, ist keine Hoffnung auf entscheidende Besserung. Unter den Wirkungen dieses Vertrages führt der Weg von der Mark zur Assignate, die Assignate aber zur Unmöglichkeit irgend etwas auf Grund des Friedensvertrages zu leisten. Fällt Deutschland, so wird es Frankreich nicht besser ergehen. Den Oststaaten aber, ob sie nun auf Oesterreichs oder Rußlands Boden gewachsen sind, wird der Zusammenbruch Deutschlands ihre natürliche Absatz- und Bezugsquelle nehmen.

Wenn wir auch fest überzeugt sind, daß die Weltgeschichte dereinst trotz aller Fehler, die begangen wurden, das Gute anerkennen wird, was in den letzten zwei Jahren geleistet wurde, so stehen wir auf der anderen Seite noch immer vor Schwierigkeiten, aus denen wir einen Ausweg nicht sehen. Das deutsche Volk ist dem elendesten und schlimmsten Vertragsbruch der Weltgeschichte zum Opfer gefallen. Wird es möglich sein, auf dem Boden des Rechtes und mit den Waffen des Rechtes unserem Volke und Vaterland eine Zukunft zu erstreiten?

Der sogenannte Friedensvertrag.

Die Sorge um die Vertriebenen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat am Montag den Etat der Durchführung des Friedensvertrages zu Ende beraten. Vorher gab es noch lange Aussprachen über die mangelhafte Fürsorge für die aus Ost- und Westpreußen verdrängten Beamten und die ausgewiesene Zivilbevölkerung. Vertreter östlicher Wahlkreise brachten übrigens ähnliche Klagen für die aus den polnisch gewordenen Provinzen geschickten Deutschen vor. Hier dürfe die Fürsorge nicht allein Preußen aufgebürdet werden; das Reich müsse wenigstens für seine eigenen Reichsbeamten Sorge tragen. Es wurde gefordert, daß auch für den Osten ein eigener Titel im Etat geschaffen werde. Im Osten wie im Westen kommt die Hilfe für die notleidenden Vertriebenen schließend und langsam. Besonders bedauerlich ist, daß diejenigen, die am längsten in dem östlichen besetzten Gebiet gewesen sind, jetzt bei der Umwechslung von Kriegsgeld und bei anderen

Erinnerungen.

Generalfeldmarschall von Hindenburg über die ersten Revolutionstage. *)

Der Zusammenbruch zeigt sich von Ende Oktober ab überall; nur an der Westfront wußten wir ihn immer noch zu verhindern. Schwächer wurde dort der feindliche Andrang, matter aber freilich auch unser Widerstand. Immer kleiner wurde die Zahl der deutschen Truppen, immer größer wurden die freien Rücken in der Verteidigungsstellung. Nur wenige frische deutsche Divisionen, und Großes hätte geleistet werden können. Vergebliche Wünsche, eitle Hoffnungen! Wir sinken, denn die Heimat sinkt. Sie kann uns kein frisches Leben mehr geben, ihre Kraft ist verbraucht! ...

Mit der deutschen Kampflinie hält damals auch noch die Etappe, der Lebensnerv, der zur Heimat führt. Distere Bilder zeigen sich freilich hier und da, aber in der Gesamtheit ist noch innerer Halt. Lange wird es indeß nicht mehr dauern können. Die Spannung ist auf das Äußerste gestiegen. Erfolgt irgend wo eine Erschütterung, sei es in der Heimat oder Heer, so ist der Zusammenbruch unvermeidlich.

Das sind meine Eindrücke in den ersten Tagen des November.

Die befürchtete Erschütterung kündigt sich an. In der Heimat regt es sich mit Gewalt. Der Umsturz beginnt. Noch am 5. November eilt General Gröner in die Reichs-

hauptstadt, da er voraussieht, was kommen muß, wenn man jetzt in den letzten Stunden nicht zusammenhält. Er tritt für seinen Kaiser ein und schildert die Folgen, wenn man dem Heere sein Haupt nimmt. Umsonst! Der Umsturz ist schon in unaufhaltsamem Marsche, und nur durch Zufall entgeht der General auf der Rückreise ins Hauptquartier den Händen der Revolutionäre. Das ist am Abend des 6. November.

Ein Fieber beginnt nunmehr den ganzen Volkskörper zu schütteln. Ruhiges Ueberlegen schwindet. Man denkt nicht mehr an die Folgen für das Ganze, sondern nur noch an das Durchsetzen eigener Leidenschaften. Diese machen nicht mehr Halt vor den wahnwitzigsten Plänen. Denn gibt es einen wahnwitzigeren, als den, dem Heere das weitere Leben unmöglich zu machen? War je ein größeres Verbrechen menschlichem Denken und menschlichem Haffe entsprungen? Der Körper wird nach außen machtlos; zwar schlägt er noch um sich, aber er stirbt. Ist es überraschend, daß der Gegner mit solch einem Körper macht was er will, daß er seine harten Bedingungen noch härter auslegt, als er sie geschrieben hat?

Alle Versprechungen, die die gegnerische Propaganda uns verkündet hatte, sind verflummt. Die Rache tritt in ihrer nackten Gestalt auf: „Wehe dem Besiegten!“ Ein Wort, das aber nicht nur dem Hasse, sondern auch der Furcht entspringt. — So ist die Lage am 9. November. Das Drama schließt an diesem Tage nicht, erhält aber eine neue Farbe. Der Umsturz siegt. Verweilen wir nicht bei seinen Gründen. Er trifft zunächst vernichtend die Stütze des Heeres, den deutschen Offizier. Er reißt ihm, wie ein Fremdländer sagt, den verdienten Lorbeer vom Haupte und drückt ihm die Dornenkrone des Martyriums auf die blau-

tende Stirne. Der Vergleich ist ergreifend in seiner Wahrheit. Möge er jedem Deutschen zum Herzen sprechen!

Das äußere Zeichen des Sieges der neuen Gewalt ist der Sturz der Throne. Auch das deutsche Kaiserthum fällt. Man verkündet im Vaterlande die Thronentfugung seines Kaisers und Königs, ehe der Entschluß dazu von diesem gefaßt ist.

Auf dunklem Wege vollzieht sich so manches in diesen Tagen und Stunden, was dem Richte der Geschichte hoffentlich dereinst nicht entgehen wird.

Der Gedanke wird erwogen, mit unsere Fronttruppen in der Heimat Ordnung zu schaffen. Jedoch zahlreiche Kommandeure, Männer würdig des größten Vertrauens und fähig des tiefsten Einblickes, erklären, daß unsere Truppen zwar noch die Front gegen den Feinde behalten werden, daß sie aber die Front gegen die Heimat nicht nehmen würden.

Ich bin meinem Allerhöchsten Kriegsherrn in jenen Stunden zur Seite. Er überträgt mir die Aufgabe, das Heer in die Heimat zurückzuführen. Als ich am Nachmittag des 9. November meinen Kaiser verlaße, sollte ich ihn nicht mehr wiedersehen! Er war gegangen, um dem Vaterlande neue Opfer zu ersparen, um ihm günstigere Friedensbedingungen zu schaffen. Mitten in dieser gewaltigsten kriegerischen und politischen Spannung verlor das deutsche Heer seinen innersten Halt. Für Hunderttausende getreuer Offiziere und Soldaten wankte damit der Untergrund ihres Fühlens und Denkens. Schwerste innere Konflikte bahnten sich an. Ich glaubte, vielen der Besten die Lösung dieser Konflikte zu erleichtern, wenn ich voranschritte auf dem Wege, den mir der Wille meines Kaisers, meine Liebe zu Vaterland und Heer und mein Pflichtgefühl wiesen. Ich blieb auf meinem Posten.

*) Aus: von Hindenburg, Aus meinem Leben. Verlag von S. Fischer in Leipzig, 12. Aufl. geb. 40 Mark.

Entschädigungen schlechter behandelt werden, als die An-
hangs Geflüchteten. Auf Anfrage nennt ein Regierungsver-
treter die Zahl 111 000 für die Vertriebenen und ver-
drängten Eljah-Pöthlinger. Darunter befinden
sich rund 6000 Beamte. Der Möbelabtransport aus Eljah-
Pöthlingen hat sich in letzter Zeit günstiger gestaltet. Rund
ein Drittel aller Haushaltungen sei bereits abtransportiert.
Die Regierung hoffe, in ungefähr 6 Monaten den Abtrans-
port beenden zu können. Es wird über die Wohnungsämter
geklagt, die trotz fürsorglicher Erlasse des preussischen Wohlfahrts-
ministers die Flüchtlinge nicht bevorzugen wollen
vor anderen Wohnungsuchenden. Von Seiten der Regie-
rung wird allen gedrückten Klagen gegenüber weitest-
Entgegenkommen zugesichert. — Der Ausschuss wendet sich dann
der Entwaffnungsfrage zu.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung zählt die
Erfolge auf, wie er es kürzlich im Plenum des Reichstages
getan hat. Es sind rund 12 000 Maschinengewehre und
1 1/2 Millionen Gewehre abgeliefert. Der demokratische
Abg. Dr. Pachtke sieht nach diesen Erklärungen die Ent-
waffnungsaktion im ganzen als geglückt an. Die ergriffenen
Maßnahmen haben sich als zweckmäßig erwiesen und die
Gefahr innerer Unruhen dürfte herabgemindert sein. Der
Reichskommissar solle nur wie bisher seine Energie gleich-
mäßig nach links und rechts walten lassen. Das verspricht
dieser auch, indem er noch einmal feststellt, daß auf 120
deutsche Einwohner nur ein Gewehr komme. Hierauf wird
der Titel „Entwaffnung“ mit 200 Millionen Mark ange-
nommen.

Helferich schneidet dann die Frage der Ablieferung von
810 000 M. l. k. an. Es wird darauf erklärt, daß
die Ziffer 810 000 nur die Endsumme der von der Entente
angemeldeten Forderungen sei. Eine letzte Entscheidung,
ob diese ungeheure Menge für Deutschland unentbehrlicher
Tiere auch wirklich geliefert werden müsse, stehe noch aus.
Von verschiedenen Seiten wird verlangt, daß diese grausame
phantastische Forderung ausgenutzt werden müsse, um im
Sinne der meißnerischen Rede Dernburgs im Reichstag die
Forderung der Revision des Versailler Friedensvertrages
nachdrücklich und unermüdlich zu wiederholen. Auch der
unabhängige Dr. Breitscheid schließt sich dieser Forderung
an. Der Ausschuss begann schließlich noch die Beratung des
ordentlichen Haushalts des Reichsministeriums für Ernäh-
rung und Landwirtschaft. Die beiden Berichterstatter hoben
die Schwierigkeiten der Ernährungslage hervor und ließen
sich ausführlich über die Einfuhrmöglichkeiten aus. Der
Abg. Dr. Pachtke fragte, wieviel Brotgetreide sich die
Reichsgetreidestelle bereits gesichert habe, um die Ernährung
des Volkes sicherzustellen. Inzwischen trat der Schluß der
Sitzung ein. Ein Antrag Rosenfeld, den 9. November
Abend frei sein zu lassen, wurde abgelehnt.

Der Friedensvertrag als Lehrgegenstand.

Ein guter Gedanke.

L. M. München, 9. Nov. (Fig. Draht.) Der Münchener
Stadtrat hat auf Antrag der Demokraten beschlossen, den
Friedensvertrag und seine Wirkungen in wirtschaftlicher,
sozialer und kultureller Beziehung als Lehrgegenstand des
Schulunterrichts einzuführen. Der Redner der Unabhän-
gigen begründet seine Zustimmung mit dem Hinweis, daß
der Friedensvertrag, wenn er durchgeführt werde, Deutsch-
land auf ewige Zeit vernichten würde.

Der Berliner Streikwahn.

Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen.

Die Reichsregierung hat sich am gestrigen Tage mit dem neuesten
Berliner Streik beschäftigt. Man darf wohl annehmen, daß
die Regierung nun endlich beschleunigt an den Entwurf über die
Schlichtungsordnung herangehen wird. Angesichts der offenkundig
politischen Einflüsse bei dem Streik der Berliner Elektrizitätsar-
beiter wird man wohl auch über Mittel und Wege beraten haben,
wie man das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiter stärkt und
den Einfluß der kommunistischen Heizer eindämmen kann. Die
neuesten Berliner Vorfälle werden jedenfalls in den leitenden Krei-
sen als recht ernst angesehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der
Reichspräsident, wie bei anderen ersten Anlässen mit einer Kund-
gebung hervortritt. Freilich mit papiernen Erlässen allein darf
man sich jetzt keinesfalls begnügen. Die technische Nothilfe hat auch
diesmal ihre Pflicht getan, doch ist ihre Tätigkeit nur begrenzt.
Gestern ruhte in Berlin der Verkehr der Straßenbahnen vollständig.
heute am 9. November soll auch der Hochbahn-, Omnibus- und
Stadtbahnverkehr stillliegen. Ob am Mittwoch das Streikfever noch
anhalten wird, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls aber zeigt jeder
neue Tag des Streiks immer stärker die Unhaltbarkeit der ganzen
Situation.

Folgende Einzelmeldungen liegen uns vor:

Verhandlungen.

Mit. Berlin, 8. Nov. Bei den Verhandlungen mit den Elek-
trizitätsarbeitern vor dem Tarifsekreterium wurden den Arbeit-
nehmern nicht unerhebliche Zugeständnisse gemacht. Differenzen waren
deshalb entstanden, weil man den Elektrizitätsarbeitern zwar einen
Stundenlohnzuschlag von 50 Pfg. für Tagesarbeit bewilligte, ihnen
aber den Zuschlag von 60 Pfg. für Nachtarbeit abziehen wollte.
Inzwischen gab die Stadt nach und bewilligte die Zulagen für die
Tages- und für die Nachtarbeit. Der Verband der Heizer und
Maschinisten berief deshalb für nachmittags eine Versammlung der
Betriebsräte und Vertrauensleute ein, worin diese Zugeständnisse
bekanntgeben und die Wiederaufnahme der Arbeit vorgeschlagen
werden sollten. Man rechnet damit, daß die Elektrizitätsarbeiter
nach der Annahme der Vereinbarungen mit dem Magistrat die Ar-
beit eventuell noch heute aufnehmen werden.

Eine Mehrheit für Annahme des Schiedsspruches.

Mit. Berlin, 8. Nov. Die Urabstimmung in den städtischen
Betrieben über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches ergab
nach einer Korrespondenz, die mit den städtischen Behörden Fühlung
hat, etwa 14 000 für einen Streik und über 12 000 dagegen. Da
die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde, ist das
Ergebnis somit einer Ablehnung des Streikes gleichbedeutend.

Schutz der Arbeitswilligen.

Mit. Berlin, 8. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Der Magistrat
der Stadt Berlin hat auf meine Anordnung hin sämtliche Ange-

stellten der Elektrizitätswerke aufgefordert, ihren Dienst weiter zu
versehen und ihnen Schutz gegen Maßregelung oder irgend welche
wirtschaftlichen Nachteile zugesichert. Ich werde dafür Sorge tra-
gen, daß die Angestellten gegen jede Belästigung und Bedrohung mit
allen polizeilichen Mitteln nachdrücklich geschützt werden.

Der Polizeipräsident, gez. Richter.

Sabotageakte der Streikenden.

Mit. Berlin, 8. Nov. In der Vertrauensmännerversammlung
der streikenden Elektrizitätsarbeiter erklärte der Obmann Ehl, daß
es diesmal der technischen Nothilfe nicht gelungen sei, die Maschinen
zum Laufen zu bringen. Man habe nämlich aus den früheren
Streiks gelernt, aus den Maschinen die notwendigen Teile vorher
zu entfernen. Wie der Vortrag hört, haben die beiden Stadträte
Weise und Leib, welche die Erklärung Ehlis in der Vertrauensmän-
nerversammlung anführten und denen die Sabotageakte bekannt sind,
die erforderlichen Maßnahmen veranlaßt.

Streikdrohung der Berliner Magistratsangestellten.

Mit. Berlin, 8. Nov. Die Urabstimmung der Angestellten des
Magistrats ergab 16 581 Stimmen für die Ablehnung und 547
Stimmen für die Annahme des Schiedsspruches. Sollte der Magi-
strat sich bis morgen vormittag 10 Uhr nicht erklärt haben, so wird
in den Betrieben sofort über den Streik abgestimmt.

Angriff auf die Reichsdruckerei.

Mit. Berlin, 8. Nov. Ein Trupp von etwa 600 Arbeitslosen
demonstrierte heute mittag am Reichsplatz und zog dann nach der
Reichsdruckerei. Hier konnten noch rechtzeitig die Eingangstore ge-
schlossen werden. Es wurde aber nicht verhindert, daß die Demon-
stranten durch den Eingang der Kaffantienstraße in das Innere der
Reichsdruckerei eindringen und die Arbeiter zum sofortigen Streik
aufforderten. Es gelang schließlich den Arbeitern der Reichs-
druckerei, die Demonstranten von dem Grundstück zu verdrängen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen.

Mit. Berlin, 9. Nov. (Fig. Draht.) In einer stürmisch ver-
laufenen Versammlung der Elektrizitätsarbeiter wurde gestern be-
schlossen, daß die Streikleitung heute mit den gesamten Betriebs-
räten über die Wiederaufnahme der vollen Arbeit verhandeln soll.
Eine andere Versammlung der Funktionäre und Vertrauensleute
der städtischen Arbeiter sagte folgenden Beschluß: Die heutige
Sitzung des gesamten Betriebsrates im Beisein der beteiligten Orga-
nisationsvertreter beschließt, den Arbeitnehmern die Aufnahme der
Arbeit unter dem Gesichtspunkte zu empfehlen: Der Schiedsspruch
ist zu verwerfen, denn gegenüber der darin enthaltenen Klassifizie-
rung der Spezialisten gibt es für uns nur eine einheitliche Lohnauf-
besserung oder gar keine. Wir verzichten im Hinblick auf den ge-
genwärtigen Stand auf jede Lohnaufbesserung und verlangen auf
Grund dessen erneute Verhandlungen nach einer gleichmäßigen
Lohnzulage für alle Arbeitnehmer.

Keine Berliner Zeitungen.

Mit. Berlin, 9. Nov. (Fig. Draht.) Infolge des Beschlusses
der Berliner Gewerkschaftskommission, daß der 9. November durch
Arbeitsruhe geehrt werden soll, werden die Berliner Zeitungen
am Dienstagabend und Mittwoch früh nicht erscheinen.

Eingestellter Hochbahnbetrieb.

Mit. Berlin, 8. Nov. Auf der Hoch- und Untergrundbahn ruht
morgen am 9. November der Betrieb. Obgleich das Verkehrspersonal
sich für Aufrechterhaltung des Betriebes erklärte, hat das
Verkehrspersonal einen gegenseitigen Beschluß gefaßt, jedoch wegen
Stilllegung der Kraftwerke der zum Betrieb erforderliche Strom
nicht zur Verfügung steht.

Die feiernden Berliner Eisenbahnarbeiter.

Mit. Berlin, 8. Nov. In den Eisenbahnwerkstätten haben die
Arbeiter mit Zweidrittelmehrheit für morgen die Einstellung der
Arbeit beschlossen. Eine Gruppe will neue Lohnforderungen stellen
und die Arbeit am 10. nicht wieder aufnehmen. Das Reichsver-
kehrsministerium gedenkt, den Eisenbahnbetrieb morgen aufrecht
erhalten zu können.

Sturz der Mark.

L. M. Aus dem Haag, 9. Nov. (Fig. Draht.) Gestern
fiel die Mark von 4.10 (Stand vom Sonnabend) auf 3.87 1/2
Gulden für 100 Mark. Dieser Sturz ist wahrscheinlich eine Folge
der letzten Nachrichten über die Wiedergut-
machungsregelung.

80 Pfg. für eine Straßenbahnfahrt

L. M. Berlin, 9. Nov. (Fig. Draht.) Die Direktion der
Straßenbahngesellschaft hält selbst für den Fall, daß den
Fahrern und Schaffnern keine neue Lohnerhöhung zuge-
standen werde, es für unbedingt notwendig, abermals eine
Tarifierhöhung vorzunehmen, um den Betrieb rentabel zu
gestalten. Sie hat dem Magistrat vorgeschlagen, mit dem
15. November den 80 Pfg.-Tarif einzuführen. Die städtische
Verwaltung hat zu dem Antrag noch nicht Stellung ge-
nommen.

Der Bürgerkrieg in Irland.

Mit. London, In Londonbercy wurden in der Nacht zum
Sonntag fünf Polizisten erschossen oder verwundet. Hierauf wur-
den mehrere, Sinnfeuern gehörige Häuser in Brand gesetzt. Die
Brandstifter feuerten auf die Wasserpumpen. Das Bomben-, Ge-
wehr- und Revolverfeuer dauerte die ganze Nacht. Die Sinnfeuer
haben die unbefestigte Küstenlinie Torridge in der Grafschaft Antin
eingeschloßen. Es wird berichtet, daß bei dem Zusammenstoß Poli-
zisten und Militär in der Nähe von Tralee 7 Sinnfeuer töteten.

Rundschau.

Was wir schon geliefert haben. Aus einer Anfrage des
tapferen englischen Friedensfreundes Renworthy im eng-
lischen Unterhause geht hervor, daß die französische Forde-
rung auf Ablieferung weiterer Milchfäße in dem Umfange
von 800 000 Stück schwere Bedenken der englischen Regie-
rung erregt. Der Unterstaatssekretär im britischen Auswärtigen
Amt, Harmsworth, bejahte die beiden Fragen, daß
in Deutschland großer Mangel an Kühen infolge großer
Abschlachtungen und Futtermangel besteht, und daß die von
Frankreich und Belgien verlangten Milchfäße aus Ländern
beschafft werden können, die Vieh exportieren. Besonders

wertvoll war die Antwort aber auch noch dadurch, daß man
aus ihr erfuhr, was von Deutschland bereits abgeliefert
worden ist. Die neuen französisch-belgischen Forderungen
stützen sich auf die allgemeine Bestimmung über Requi-
sitionen und sind im einzelnen noch in keiner Weise nachge-
prüft. Nach dem Friedensvertrag sollten von Deutschland
binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages
184 000 Kühe geliefert werden. Bis zum 20. Oktober 1920
hat Deutschland bereits 132 000 Kühe abgeliefert. Das sind
72.4 Prozent, und selbst Herr Harmsworth gesteht ein, daß
der Rest folgen werde. Die französisch-belgische Neuforde-
rung ist sicher völlig phantastisch. Es wäre aber im Inter-
esse der Menschlichkeit, wenn England innerhalb der Entente-
kommission hier auf exakte Feststellungen drängen würde.

Aufforderung zum Bürgermord. Sonntag vormittag
hielten die Kommunisten und die Anhänger der linken
U. S. P. anlässlich der Jahrgang der russischen Revolution
auf dem Burgplatz in Essen eine Gedenkfeier ab, die nur
mäßige Teilnahme aufzuweisen hatte. Als erster und ein-
ziger Redner sprach der berühmte Kommunistenführer
Eppstein. Er erklärte lt. Rhein-Westf. Ztg. u. a.: Der
Russen dürfte nicht in allen Stücken blindlings nachgeahmt
werden, eins aber müßte das deutsche Proletariat den rus-
sischen Meistern bis in die kleinste Einzelheit nachtun: ihre
Kampfpolitik und die Art und Weise, wie sie mit ihrer
eigenen Bourgeoisie aufgeräumt hätten.

Ein Opfer des Elektrizitätsstreiks. Die „Freiheit“, das
Organ der rechts unabhängigen Sozialdemokratie kann
infolge des Elektrizitätsstreiks nicht erscheinen, weil ihnen
für die Setz- und Rotationsmaschinen der Strom aus dem
städtischen Werk fehlt. Die „Freiheit“ hat zwar versucht,
die Zeitung in bürokratischen Druckereien herstellen zu lassen,
die über eigene Anlagen verfügen. Die Bitte ist jedoch ab-
gelehnt worden, da die bürgerlichen Druckereien keine „in-
direkte Streikarbeit“ leisten wollten. So ist die „Freiheit“
nicht in der Lage, zu dem ganzen Streik Stellung zu nehmen,
eine Situation, die ihr vielleicht nicht so ganz unangenehm
ist. Mit irgendwelchen Genossen hätte sie es immer ver-
bieten müssen.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

9. November

Rektor Temming †.

Rektor Temming, der Leiter der Bürgerschule Wil-
helmsplatz, ist nach längerem Krankenlager verstorben.
Seine Lebensarbeit hat dem Deutschthum im Aus-
lande gehört. Darüber schreibt uns Seminarlehrer Brä-
ger hier, der dem Verstorbenen bei seiner Arbeit in An-
werben nahe gestanden hat, folgendes:

Mit Rektor Johannes Temming ist ein Schul-
mann dahingegangen, der an die 40 Jahre im Auslande
für die deutsche Sache mit Lust und Liebe gewirkt hat. Als
er damals hinausging, unterhielt die Antwerpener
deutsche Kolonie eine kleine Schule, die nicht über eine
Mittelschule hinausging. In dem Maße, wie die Kolonie
wuchs und wirtschaftlich erstarbte, hob sich auch die Schule,
bis sie sich zu einer stattlichen Oberschule als Vollanstalt
entwickelte. Jahrgang um Jahrgang sah Temming an sich
vorüberziehen: die herzlichsten Beziehungen, die der fleiß-
jugendfrische Mann zu den Schülern unterhielt, dauerten
bei den Erwachsenen fort und vertieften sich immer mehr,
sodas sich sein Lehramt im Laufe der langen Jahre zu dem
eines treuen Vaters erweiterte.

Durch seinen Vater, der in Br. Oldendorf ein För-
sorgeheim leitete, hatte er schon von Jugend an Blick für
Not und Elend mit auf den Lebensweg bekommen, was sich
in Antwerpen in vorbildlicher Weise bewährte. Armen und
Verlassenen unserer Landsleute, woran es in der großen
Hafenstadt niemals fehlte, ging er nach und wußte mit be-
sonderem Geschick die Wohlhabenden zu bewegen, mit reich-
lichen Gaben seine Pläne zur Verringerung zu unterstützen. Im
Verein mit belgischen Kollegen gründete er ein Ferienheim
für belgische und deutsche Kinder. Mit deutschen Jungen
der oberen Klassen zog er Sonntags in die Seide und ver-
brachte dort in einem Wohnhaus, das ein Kaufmann gestiftet
hatte, den Sonntag. Im Seemannsheim mußte man
seinen Platz zu schätzen. Der deutschen Sache hat er vor allem
durch die Gründung des deutschen Turnvereins gedient,
dessen Vorsitzender er bis zum Schluß war.

Auf dem Gebiete des Auslandsschulwesens
zeichnete er sich durch umfassende Kenntnisse und Erfahrung
aus, die manchem jüngeren Kollegen, der hinaus wollte,
zu starken gekommen sind. Er hat es verstanden, sie in
einer wenn auch noch so lockeren Verbindung zusammen zu
halten, sodas sie sich als Gruppe dem deutschen Lehrerverein
angeschlossen haben. So nahmen auch die Fernsten, ob sie
in den großen Hafenplätzen Südamerikas wohnten oder in
den Ackerbaulandkolonien des brasilianischen Urwaldes, teil,
an den geistigen Bewegungen im großen Heimatverein teil.
Azu früh hat der Tod einen Mann von ferndeutscher Ge-
sinnung und mit einem Herzen voll tätiger Menschenliebe
dahingerafft.

— Mandatsdauer der Stadtverordneten. Auf eine
Anfrage des Preussischen Städtetages nach der Mandats-
dauer der Stadtverordneten — das Verhältniswahlrecht
kennt keine Ersatz- und Ergänzungswahlen — hat der Mi-
nister des Innern den Bescheid erteilt, daß die bisherigen
Stadtverordneten ihre Stellen bis zur Vollerneuerung des
Stadtverordnetenkollegiums behalten.

p. Polizeistunde um 11 Uhr abends. Die überaus be-
drohliche Lage der Kohlenversorgung läßt es dem Minister
des Innern notwendig erscheinen, die Bestimmungen des
§ 3 der Verordnung, betreffend die Ersparnis von Brenn-
stoffen und Beleuchtungsmitteln vom 11. Dezember 1916
während des bevorstehenden Winters streng zur Durchfüh-
rung zu bringen. Troßdem hiernach eine Herabsetzung der
Polizeistunde für die Stadt Herford in erste Erwö-

durch, daß man
eils abgelehnt
Forderungen
über Requiri-
e Weise mach-
von Deutschland
des Vertrages
O. Oktober 1920
esert. Das sind
gesteht ein, daß
ische Neuförde-
aber im Inter-
ls der Entente
rängen würde.

ntag vormittag
er Revolution
er ab, die nur
uniftenführer
u. a.: der
gs nachgeahmt
ariat den ruh-
nach tun: ihre
sie mit ihrer

Freiheit", das
okratie kann
er, weil ihnen
strom aus den
war versucht
ellen zu lassen.
ist jedoch ab-
ien keine „in-
die „Freiheit“
ng zu nehmen.
unangenehm
immer verder-

nsberg.
e. 151.

November

erschule Bil-
ager verschie-
im Aus-
lehrer Borm-
arbeit in Ant-

ist ein Schul-
an Auslande
ft hat. Als
wer p e n e r
st über eine
die Kolonie
ch die Schule,
ollanall
ning an sich
ie der fleiß
elt, dauerten
immer mehr.
Jahre zu dem

orf ein Jän-
an Bild für
en, was sich
Armen und
der großen
ufste mit be-
en, mit reich-
erfüllen. Im
Berienheim
en Jungen
und ver-
mann geist-
wufte man
er vor allem
ins gebiet.

ut w e s e n s
d Erfahrung
aus wollte
den, sie in
zusammen zu
Lehrerverein
nsten, ob sie
en oder in
des, lehren,
verein teil-
entlicher Ge-
entschenliebe

Auf eine
Mandat-
iswahlrecht
at der Mi-
bisherigen
uerung des

überaus be-
im Minister
nungen des
von Brenn-
mber 1916
Durchfüh-
egung der
ste Grwa-

gung gezogen werden mußte, will der Regierungspräsident zu Rindern es doch einstweilen bei der Ausdehnung bis 11 Uhr abends belassen, unter der Voraussetzung allerdings, daß die Innehaltung dieser Zeit nimmere in schärferer und ausnahmsloser Weise überwacht und gegen Zuwiderhandlungen sofort mit allen Mitteln eingeschritten wird. Die Polizeibeamten sind dementsprechend zu unmaßsichtlichem Vorgehen angewiesen worden. Eine Verlängerung der Polizeistunde über 11 Uhr hinaus wird auch für Vereine und geschlossene Gesellschaften unter keinen Umständen zugelassen. Trotzdem eingehende Anträge werden überhaupt nicht beantwortet.

Keine Wiedereinführung der Fleischkarte. Aus Düsseldorf ist eine angebliche auf die dortige Stadtverwaltung zurückzuführende Nachricht verbreitet worden, innerhalb der Regierung werde die Wiedereinführung der Zwangsverteilung von Fleisch erwogen wegen der Massenabschlachtung von Vieh aller Art, die nach der Freigabe eingeführt habe. Im Reichsernährungsministerium wird uns hierzu erklärt, daß innerhalb der Regierung Erwägungen über die Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung von Fleisch nicht stattgefunden haben.

Zulässigkeit der Fremdensteuer. Zur Frage der Zulässigkeit der gemeindlichen Fremden(Pensions-)Steuer bestimmt ein gemeinsamer Runderlaß der Minister des Innern und der Finanzen vom 15. Oktober d. Js. folgendes: Aus Kreisen der Gemeindeverwaltung ist angeregt worden, eine besondere Steuer auf die Beherbergung von Fremden in Gasthäusern und dergl. zuzulassen. Der Herr Reichsminister der Finanzen hat sich dahin geäußert, daß durch § 44 des Umsatzsteuergesetzes den Ländern und Gemeinden nur die Besteuerung des Warenumsatzes, nicht auch die Besteuerung von Leistungen anderer Art unterfällt sei. Eine reichsgesetzliche Bestimmung schließt daher die Steuer nicht aus; in den Einzelfällen muß jedoch nachgeprüft werden, ob etwa die Bestimmungen der §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes der beschlossenen Steuer entgegenstehen. Auch die Bestimmung des § 23 Vbf. 3 des Kommunalabgabengesetzes steht der Besteuerung des Herbergsvertrages nicht entgegen. Wir ersuchen, uns etwa beschlossene Steuerordnungen mit Ihrer Genehmigung vorzulegen. Wir werden, soweit nicht besondere Bedenken zu erheben sind, unsere Zustimmung — vorläufig auf ein Jahr — erteilen.

Die Oktober-Unterstützungen des Deutschen Kriegerbundes. Im Monat Oktober 1920 wurden durch die Zentralunterstützungsstellen des Deutschen Kriegerbundes und des Preussischen Landes-Kriegerbundes an Unterstützungen bewilligt: an Kameraden-Unterstützungen in 457 Fällen 1681 M., an Witwen-Unterstützungen in 7 Fällen 4616 M., an Stodmar-Gaben in 6 Fällen 200 M., an Witwen-Unterstützungen in 2503 Fällen 37 193 M., aus der Sammlung für erblindete Teilnehmer am Kriege 1914/20 in 1 Fall 100 M., aus der Sammlung für Hinterbliebene 1914/20 gefallener Kameraden in 139 Fällen 3825 M., aus dem Fürsorge-Fonds an 25 Kriegsteilnehmern 2325 M., an Witwen-Unterstützungen in 7 Fällen 355 M., insgesamt 67 295 M. — Die Summe der außerdem durch die einzelnen Verbände und Vereinsunterstützungsstellen gezahlten Unterstützungen läßt sich auf etwa 1/2 Million monatlich einschätzen.

Herforder Schwimm-Verein. Man schreibt uns: Kürzlich hielt der Herforder Schwimm-Verein im Lokale des Herrn Delfus seine gut besuchte Monatsversammlung ab. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Seminar-Oberlehrer Goldblode, wurden die in der letzten Hauptversammlung genehmigten neuen Satzungen verlesen und die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister beschloffen. Am 14. d. M. findet unter Leitung des Kreis-Schwimmwartes im Vieseler Hallenbade eine Gaudeiungsstunde statt. Die Mitglieder des H. S. V. wurden gebeten, besonders im Hinblick auf die recht lehrreichen Vorträge, die dort gehalten werden, zahlreich zu erscheinen. Um trotz der im Winter fehlenden Badegelegenheit auch während dieser Zeit den Zusammenhalt im Verein zu fördern, wurde beschlossen sich jeden Freitagabend im Vereinsheime zu treffen.

Städtisches Volkskonzert. Wir weisen nochmals auf das am Mittwochabend stattfindende zweite Volkskonzert hin. Als Solist steht Herr Mannebed-Hannover auf dem Programm, der das berühmte Mendelssohn'sche Violinkonzert spielen wird.

Am Herford-Biddenhausen

Biddenhausen. Zu Ehren des Herrn Hauptlehrers Schwaigmeier, der fast 32 Jahre Leiter der hiesigen Schule war und am 1. Oktober d. Js. in den Ruhestand getreten ist, veranstaltete die Gemeinde bei Gastwirt Meher eine feierliche Abschiedsfeier. Der große Saal konnte die zahlreichen Teilnehmer kaum fassen. Herr Geschäftsführer sprach im Namen der Gemeinde und Herr Lehrer Hempelmann im Auftrage der Schule. Für die Lehrer des Kirchspiels Biddenhausen sprach Herr Lehrer Krauenberg aus Bippinghausen, im Namen des Lehrervereins Herford und Umgegend Herr Lehrer Landwehrmann aus Herford. Alle Redner hoben mit warmen Worten hervor, daß Herr Schwaigmeier es stets verstanden habe, sich dauernde Liebe und Anerkennung zu erwerben. Insbesondere wurde auch seine Verdienste um gemeinnützige Bestrebungen gewürdigt. Die Schulkinder, die Lehrer und Lehrerinnen und ebenso die beiden hiesigen Gesangsvereine sorgten in abwechslungsreicher Weise für unterhaltende Darbietungen. Geschenke reichlich von der Gemeinde, den Schulkindern, der hiesigen Schule, den Lehrern des Kirchspiels, der Firma Meyer und der Firma Overdies und Sohn. Die Feier nahm einen langweiligen Verlauf und wird den Teilnehmern noch lange Zeit eine sehr angenehme Erinnerung sein.

Lippische Freistaaten.

Die feiernden Entente-Offiziere. b. Detmold. Als vor einigen Tagen eine Entente-Kommission, bestehend aus den Engländern Oberst Allan und Major Bertie, in Begleitung eines deutschen Offiziers in Detmold weilte, um die in der Detmold garnisonierenden Reichswehr nachzuprüfen

landen sie in dem Hotel, in dem sie wohnten, ungeheizte Zimmer vor. Vor Kälte die Hände reibend, kamen sie in den Restaurationsraum und wiederholten nur immer das eine Wort „kalt“. Der Ober des Hotels klärte sie schließlich darüber auf, daß der Kohlenmangel verbiete, die Zimmer zu heizen. „Nähme uns die Entente nicht die ganzen Kohlen weg, dann wären wir in der Lage, Ihnen ein geheiztes Zimmer zu geben“. Geistreich waren die Gesichtser der beiden Engländer bei dieser Erklärung des schlagfertigen Ober gerade nicht.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Wpf. Paderborn. In der vorvergangenen Nacht drang in einem benachbarten Dorf eine Räuberbande in das Geschäft des Landwirts Welten ein und verlangte Einlaß. Als Welten nicht sofort öffnete, wurde er durch die Tür mit einem bereitgehaltenen Revolver erschossen. Als Hilfe aus der Nachbarschaft eintraf, flüchteten die Räuber. Bisher fehlt von ihnen jede Spur.

Dortmund. Hier wurde eine Spielhölle ausgedehnt. Vierzehn Personen, die beim Glücksspiel überführt worden waren, unter ihnen Kaufleute, Kellner, Friseur, Händler und Arbeiter, wurden festgenommen.

Gelsenkirchen. Ein furchtbares Verbrechen ist in Gelsenkirchen aufgedeckt worden. Im Stinnes-Hafen am Rhein-Berne-Kanal ist die völlig entleerte, in einen Sack gesteckte Leiche eines 14jährigen Mädchens gefunden. Der Zustand der Leiche läßt mit Bestimmtheit darauf schließen, daß an der Leiche, deren Personalien noch nicht festgestellt sind, ein Luftmord verübt worden ist. Kopf und Gliedmaßen waren am Klump festgebunden.

Wpf. Hamborn. Montagabend drangen drei bewaffnete Männer in das Büro des Bauunternehmers Göhl und raubten, indem sie das Personal mit vorgehaltenem Revolver bedrohten, 50 000 M. Kohngeleider. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Wald. Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich mit einem außerordentlichen Schadenersatzanspruch zu beschäftigen. Ein Kind aus Wald hatte während seines Aufenthaltes in Pommern einen Brand verursacht, der einen Schaden von 200 000 M. anrichtete. Die Stadt Wald wird nun für den Schaden haftbar gemacht. Die Stadtverordneten lehnten die Bewilligung des geforderten Schadenersatzes ab, erklärten sich aber bereit, ohne eine Verpflichtung anzuerkennen, 20 000 M. zu zahlen, wenn der Landkreis Solingen 80 000 M. übernimmt.

Westerkappeln. Einen bedeutenden Münzenfund machte hier der Eigentümer Zimmermann Hugo Westerfeld. Bei Ausschachtungsarbeiten zu einem Neubau fand er in 40 Zentimeter Tiefe im Ackerboden ein eisernes Tongefäß mit 37 Goldmünzen. Leider wurde zuerst das zerbrochene Gefäß achlos beiseite geworfen und konnte bisher nicht geborgen werden. Doch fand man noch einen Ring mit drei Steinen und ein Stück bearbeitetes massives Gold, was wohl ebenfalls gewaltsam von einem Gegenstand abgetrennt wurde. Die Münzen sind jedenfalls durch den Handel im 4. Jahrhundert nach hier gekommen und sind römischen Ursprungs.

Barren. Hier wurde eine Bande verhaftet, die falsche Rubelnoten hergestellt hat. Vornehmlich sind diese in Berlin an einen angeblichen russischen Baron, einen angeblichen Offizier und drei andere Personen abgegeben worden. Mindestens 50 000 Stück sind nach den bisherigen Ermittlungen in den Verkehr gebracht worden. 13 850 Stück konnten hier noch beschlagnahmt werden. Neuerdings hatten die Berliner Unternehmer den gestellten Auftrag gegeben, auch falsche russische Tausend Rubelnoten anzufertigen; 19 Personen sind bisher zur Untersuchung gezogen; einige weitere sind flüchtig.

Wpf. Berlin. In dem Bestechungsprozeß Spoeri-Kenner (Kriegsleiter-A. G.) kam es zu einer Vereinbarung folgenden Inhalts: „Zugunsten des Reiches werden von Kommerzienrat Kenner 250 000 M. deutsche Reichsanleihe, von Spoeri 30 000 M. deutsche Reichsanleihe dem Reichsschatzminister zur Verwendung im Interesse des Reiches oder zur Verwaltung überreicht. Die Angeklagten übernehmen die Kosten des Verfahrens. Der Vorstand des Vereins gegen das Bestechungsvergehen nimmt den Strafantrag zurück.“ Vorher hatte der Bevollmächtigte des Vereins gegen das Bestechungsvergehen betont, die Weitergewährung der früheren Bezüge eines Angestellten während seiner Beschäftigung bei der Kriegsgesellschaft sei unzulässig. Diese prinzipielle Frage könne indessen nicht im Rahmen des geltenden Rechts zum Austrag gebracht werden. Die Angeklagten erklärten sich mit der Vereinbarung einverstanden. Das Gericht stellte darauf das Verfahren ein.

Wpf. Köln. Wegen Kindesmordes wurde ein Grubenarbeiter-ehopaar aus Essen-Ruhr am Sonntag verhaftet. Das Ehepaar hatte in Essen die 13 Jahre alte Tochter aus erster Ehe durch Einschlagen des Schädels getötet und in einen Kanal geworfen. Die Leiche wurde am Tage darauf gefunden. Das Ehepaar flüchtete nach Köln, wo es sich drei Tage aufhalten konnte.

Wpf. Clermont Ferrand. Ein schweres Unglück ereignete sich im hiesigen Rathaus. Zahlreiche Personen hatten sich eingefunden, um die Ausstellung von Fahnen der 13. Korps zu besichtigen. Unter dem Gewicht der Menge brach der Fußboden zusammen. Etwa 100 Personen stürzten in die Tiefe. Bisher wurden aus den Trümmern ein Toter und ungefähr 40 Schwerverletzte geborgen.

Belegung einer Rennbahn.

Wpf. Berlin. Auf der Trabrennbahn Mariendorf verlangte das Publikum die Annullierung eines Rennens, was die Rennleitung verweigerte. Daraufhin besetzte das Publikum die Bahn, nahm eine drohende Haltung an und verhinderte die Weiterführung des Rennens. Nach längeren Verhandlungen sah sich die Leitung genötigt, das Rennen zu annullieren, worauf die Rennrennen zu Ende geführt werden konnten.

Theaterstand.

Wpf. Breslau. Nach den Morgenblättern kam es im Roberttheater bei der Aufführung von Medea's „Schloß Wetterlein“ zu stürmischen Ausbrüchen. Der Vorhang mußte fallen, und der Spielleiter befragte das Haus, ob das Stück zu Ende gespielt werden sollte, was von der Minorität verlangt wurde. Das Stück wurde unter weiteren heftigen Störungen beendet.

Ein Millionen-Schwindler.

tu. Götting, 9. Nov. (Sig. Draht.) Gegen den seit dem Frühjahr hier wohnenden, durch seine großen Güter- und Hausausfälle bekannten Direktor Kornfeld ist vor der Staatsanwaltschaft wegen Betruges ein Haftbefehl erlassen worden. Kornfeld gab sich für einen Grafen Sternberg oder für einen österreichischen Erzherzog aus. Außer der bekannten Rüderschen Villa, die Kornfeld auf Kredit vollständig neu ausmüllerte, erwarb er auch das Göttinger Schützenhaus und „Schentle“ es der Stadt. Erner kaufte er vor längerer Zeit ein Bad für 13 Millionen Mark, sowie mehrere Rittergüter in der Provinz, aber ohne die Kaufsumme zu bezahlen. Festzuhalten scheint, daß es sich hier um den bereits vorbestraften Buchhalter Rudolf Kornfeld aus Mährisch-Odrau handelt.

Straßammer.

Viesfeld, 6. Nov. 7

Die etwa 20jährigen Kaufleute E. G. und W. K. von Herford räumten ein, im Januar d. J. eine in Herford bekannte Schieberin um 3000 M. geprellt zu haben. Sie schwindelten ihr damals vor, sie könnten 15 Sack Zucker im Schleichwege besorgen. Die Schieberin hat weder den Zucker bekommen, noch die auf das „Geschäft“ geleistete Anzahlung von 3200 M. zurückzuerhalten. Das würdige Kleefeld war vom Schöffengericht zu Herford wegen Betruges mit je zwei Monaten Gefängnis bestraft worden. Dagegen wurde aber Berufung eingelegt. Der Gerichtshof erkannte gegen jeden Angeklagten auf eine Geldstrafe von 3000 M.

Der bei einer Firma in Herford beschäftigt gewesene 17 Jahre alte Kürschnerlehrling H. Sch. von Herford wurde am 7. Juni dabei erwischt, als er in der Mittagsstunde einen wertvollen Pelz entwenden wollte. Der jugendliche Sünder legte ein offenes Geständnis ab und gab zu, daß er schon oft das ihm geschenkte Vertrauen mißbraucht und etwa für 15 000 M. Pelze gestohlen habe. Um an die Pelzfäden heranzukommen, hatte er Nachschlüssel gebraucht. Der Dieb erhielt wegen fortgesetzten schweren Diebstahls 6 Monate Gefängnis. Mit angeklagt waren die Kürschner W. und O. und die Kürschnerlehrlinge H. P., M. D. und M. N. von Herford, die zum Teil die gestohlenen Pelze gefaßt oder bei dem Abfahrgewirkt haben. P. und N. erhielten je 2 Monate, W. und O. 4 bzw. 3 Monate Gefängnis, während der 15jährige D. mit drei Wochen Gefängnis davonkam. Die Verurteilten wurden der bedingten Begnadigung empfohlen.

Sport.

Der vorgestrige Sonntag hatte eine große Auswanderung Herforder Sportsleute zu verzeichnen, welche alle mit dem Mittagszuge nach Bünde fuhrten, um Zeuge des Fußballwettkampfes zu sein, der zwischen den ersten Mannschaften Spielvereinigung-Union und B. f. B. Bünde in Bünde stattfinden sollte. Das Spiel, welches 2.45 Uhr angepfiffen wurde, wurde von Anfang bis zu Ende flott durchgeführt.

Herford trägt den Angriff gleich in die gegnerische Spielhälfte und verursacht einige brenzliche Sachen vor dem Bänder Tor, doch Pfosten, Kotte, Tormann und Verteidiger retten mit viel Glück, während einige Schüsse im „Aus“ enden. In der 9. Minute machte Bünde von halblinks einen flotten Durchbruch, der rechte Verteidiger weicht zu schwach ab, der linke wird flott, umspielt und nur noch den Tormann vor sich, sendet der Mittelfürmer von Bünde umhelfbar ein. War Herford bisher schon flott im Angriff, so wird jetzt richtig Dampf aufgeleitet, doch bis Halbzeit kann außer acht Gefen kein Tor erzwungen werden. Nach dem Wechsel dasselbe Bild. In der 49. Minute schöner Durchbruch von rechts und Zurnußl kann den Ausgleich schaffen. Ungefähr 10 Minuten später kann Dietrich nach schönem Zuspiel von halblinks Nr. 2 einschenden. So bleibt es bis zum Schluß, trotzdem der Herforder Sturm Angriff auf Angriff zum gegnerische Tor trägt, infolge der allzu zahlreichen Verteidigung aber nichts Zählbares mehr erzielen kann. — Die Herforder Mannschaft gewann verdient, denn das ganze Spiel stand im Zeichen der Ueberlegenheit Herfords, welches sich deutlich durch das Stenverhältnis von 13:1 für Herford ausdrückt. Die Bänder Mannschaft spielte eifrig, Verteidigung und Tor waren auf dem Posten, schafften hinten viel Luft durch befehlende Stöße und bewachten die Mannschaft vor einer größeren Niederlage. — Impofant war der Empfang der Mannschaft am Bahnhof in Herford, wo hundert von Sportsleuten dieselbe erwartete. Alle waren freudig bewegt, daß ein neuer sportlicher Erfolg zu verzeichnen war. Man schloß sich zu einem Zuge zusammen, welcher es jedem, der noch zweifelte, klar vor Augen führte, daß die Sportbewegung nicht nur auf den Schultern der paar Mannschaften liegt, die allmählich ihre Wettspiele austragen. Unter Wifungen von Sportlieberr ging es zum Vereinsheim der Spielvereinigung-Union, wofelbst sich der Zug in Ruhe und Ordnung auflöste.

Vormittags 10 Uhr spielte Spielvereinigung-Union 4. gegen Rafensport 3. und gewann nach interessantem Spiel mit 4:1. (0:0). Die A 2. Jgd. gewann gegen Turngemeinde Herford 1. Jgd. mit 3:1. — B. —

Pünktlich um 1/3 Uhr begann am Sonntag nachmittag auf dem Aßberbruch das Verbandsspiel der 1. Mannschaft der Turngemeinde und des F. C. Hollandia Holfen. Bereits in der 3. Minute konnten die Herforder durch ihren Mittelfürmer in Führung gehen und das Resultat bis zur Halbzeit auf 2:0 stellen. Nach der Halbzeit wieder die dauernde Ueberlegenheit der Herforder, welche den zwei Toren noch sieben weitere hinzufügen konnten. Zwei Elfmeter wurden von den Gästen schlecht getreten, brachten ihnen deshalb keinen Erfolg. Mit 9:0 trennte der Schlußpfiff des Schiedsrichters die Gegner.

Turngemeinde 1. Jgd.-Mannschaft mußte sich der A 2. Mannschaft der Spielvereinigung-Union mit 3:1 beugen, während die 2. Jgd.-Mannschaft der F. C. H. gegen die gleiche des Vereins für Rafenspiele ein 3:2 herauszolen konnte. — R. —

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Kuhle; für den Inseratenteil verantwortlich G. Wese; beide in Herford.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Kartoffeln, leicht angefroren, sind in der Markthalle zu kaufen. Preis 25 M. je Zentner. Herford, den 8. November 1920.

Lebensmittelamt.

Tagesordnung zu der am Freitag, den 12. November 1920, 6 1/2 Uhr nachm. stattfindenden

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Mitteilungen.
2. Vorlagen des Magistrats, betr.:
 - a) Uebernahme eines Geschäftsanteils des E. M. N. in Höhe von 200 000 M. und Uebernahme der Bürgerschaft in Höhe von 240 000 M. für eine vom E. M. N. aufzunehmende Anleihe.
 - b) Anlage eines neuen Friedhofes.
 - c) Nachbewilligung von Mitteln zur Deckung von notwendig werdenden Ueberschreitungen des Haupthaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1920.

Herford, den 4. November 1920.
Der Stadtverordneten-Vorsitzer:
J. B.: Rüden.

Nachruf!

Herr Johannes Lemming

Am 6. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden, der Rektor der Bürgerschule Wilhelmshaus.

im Alter von fast 64 Jahren. Nach 40jähriger Tätigkeit an der Allgemeinen-Deutschen Schule in Antwerpen, die er nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges aufgeben mußte, übernahm er die Rektorstelle an der hiesigen Bürgerschule Wilhelmshaus. Trotz seines Alters verwalte er sein schwieriges Amt mit unermüdlichem Fleiß und großem Geschick. Die Schule verliert in ihm einen tüchtigen, pflichttreuen Rektor und Lehrer, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Die Schuldeputation.

Lehrerverein Herford und Umgegend.

Am 6. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden unser treues Mitglied, der Rektor

Johannes Lemming.

In ihm ist ein alter, erprobter Führer der deutschen Lehrerschaft abgerufen, der jahrzehntlang auf Vorposten für deutsches Wesen, deutsche Kultur und für die deutsche Schule gearbeitet hat. Als Führer der deutschen Auslandslehrer hat er von Antwerpen aus im Sinn und Geiste des deutschen Lehrervereins gewirkt, bis er nach dem Zusammenbruch hier eine neue Heimat fand.

Wir werden dem tapferen Streiter für unsere Berufs Ideale ein dauerndes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Herford, den 8. November 1920.

Elverdissen, den 8. November 1920.

Gestern morgen, 10^{1/2} Uhr, entschlief sanft, nach schwerer Krankheit, unser liebes Töchterchen und Schwesterchen

Frieda

im zarten Alter von 6 Jahren.

In tiefem Schmerz:
Familie Friedrich Laker.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. November, nachmittags 11 Uhr, vom Trauerhause, Elverdissen 129, aus statt.

Herforder Bank

Zweiganstalt der Osnabrücker Bank

Fernsprecher Nr. 5 u. 269

Telegr.-Adr.: Herfordbank.

Besorgung aller bankgeschäftlichen Umsätze.

Einräumung von Krediten.

An- und Verkauf von Wertpapieren u. Devisen.

Tägliche telegraphische Kursberichte.

Neue Sendungen:

Waschservice,

Küchengeräte, Ess-Service, Kaffee-Service, Tischbestecke.

Wwe. Weinberg.

Brinkmann's Saal.

Donnerstag, d. 11. November

abends 8 Uhr

Großes

Konzert

d. ges. städt. Orchesters

Walzerabend.

Kaffee Germania

Täglich Konzert.

Haben Sie Husten?

Sind Sie erkältet?

so empfehle ich folgendes zur

Linderung:

Pecto-Pastillen,

Homburger, Emser und

Sodener Pastillen,

Formamintabletten,

Eucalyptus-

Menthol-Bonbons,

Hustentee,

Fenchelhonig u. s. w.

Fr. Schröder

(K. Meves Nachf.)

Für

Bruchgold, Bruchsilber

und Platin

zähle die höchsten Preise

Wieschede,

Goldschmied, Rennstraße 9.

Soda

wieder vorrätig.

Fr. Schröder

(K. Meves Nachf.)

1a. dopp. gefochten

Lein-Del

jedes Quantum lieferbar, bei

Abnahme Vorzugspreis gibt ab

Heinrich Schröder

Lein- und Farben-Handlung

Herford, Mindenerstr. 90

Telefon 1654.

An- und Verkauf

von gebrauchten Möbeln

Oefen, Betten, Kleider-

wie auch sämtlichen Gegenständen

zum einfachen und künstlerischen

Verkauf. Beste Qualität.

Jacob Schmitt, Stiftberg

straße 1, (Lorengang)

Herrengarderobe

wird sauber repariert und

ausgebügelt.

W. o. sagt die Geschäftsstelle

dieser Zeitg. unter Nr. 12555.

Eiserne Bettstelle

m. Matratze, ein neuer weinroter

Damenmantel

billig zu verkaufen.

Im Robbenklee 291.

Eine gebrauchte

Abriht- u. Stelmachine

zu verkaufen.

H. Schnatmeyer,

Elverdissen.

Saubere Aufwartefrau

in kleinen Jungfernhäusern

für einige Morgenstunden sofort

gesucht. Persönliche Vorstellung

vormittags, 9-11 Uhr, in der

Geschäftsstelle, d. 31a.

Saubere Frau

für Hausarbeit stundenweise

gesucht. Näheres in der Ge-

schäftsstelle, d. 31a. unter 12555.

Suche zu sofort od. 1. Dez.

Stellung als Köchin

in 6-8er. Dame. Angen. unt.

12556 an die Geschäftsstelle, d. 31a.

Ein älteres, kinderloses Ehe-

paar sucht für einige Stunden

vormittags eine saubere

Putzfrau oder Mädchen

Nachfragen

Goebenstraße 65, part.

Haushälterin

(Reinigungs- od. ältere Dien-

städchen bevorzugt) für sofort

gesucht. Zu erfragen unter Nr.

12470 in der Geschäftsstelle

dieser Zeitung.

Ratskeller, Herford.

Heute von 7^{1/2}—11 Uhr:

Künstler-Konzert.

II. STÄDTISCHES VOLKS-KONZERT

am Mittwoch, den 10. November, abends 8 Uhr (pünktlich) im Parkett-Saal Schützenhof.

Leitung: Städtischer Musikdirektor Quest

Solist: Mannebeck-Hannover (Violine)

PROGRAMM:

Mozart-Symphonie D-dur / Violinkonzert v. Mendelssohn

Stücke von Schubert, Delius, Weber.

Karten zu 3.00 Mk. ab Montag, Konzert-Kasse Rathaus

(Kämmereikasse, Schalter 5)

Brockmanns Berggarten.

Morgen Mittwoch:

Familien - Kaffee - Kränzchen.

Hotel „Herforder Hof“.

Künstler-Konzert

der allgemein beliebten Künstler-Kapelle

PAUL ZSCHORN.

Konservatorisch ausgebildete Kräfte.

Ständiger Eingang von neuen Schlagern.

Klavier, Harmonium, I. Geige, II. Geige, Cello.

4^{1/2}—7 Uhr! 8—11 Uhr!

Mittagstisch von 12—2^{1/2} Uhr! Abendplatten

in reichlicher Wahl und bekannter Güte!

Weine, Liköre erster Firmen!

Prima Weiskohl (zum Einmachen)

à Zentner Mt. 20 und einen

Posten Futterkohl

à Zentner Mt. 14, haben abzugeben

Drigiese & Co., Hollandstraße 32.

Legen Sie Wert auf gute Federbetten?

Dann versäumen Sie nicht unser reichhaltiges

Lager zu besichtigen.

Frisch eingetroffen:

1000 Pfd. Halbdauen

grosse Posten Inletts in altbekannter

guter Qualität.

Herforder Spezial-Bettenhaus

Herford E. & F. Maack Bielefeld

Mindenerstr. 1 Niedernstr. 15.

In einer Stunde

Läuse

Garantie Kopf-, Hals-, Hals-, Hals-, Hals-

Brut (Häute), Flöhe bei Mensch und Tier. „Kamp-

polda“, pat. gesch. Mitt. Wunden unschädlich. Verkauf

nur Friseur W. Schröder Herford, Baderstraße 28.

Tüchtiger

Holzwerker

und Drechsler für dauernd gesucht.

Otto Bracht, Möbelfabrik, Stiftbergstr. 32.

Stulentassener oder

Schuljunge

gesucht.

Gebr. Weingarten.

Ordnentlicher, jüngerer

Hausdiener

für sofort gesucht.

Heinr. Bracht, Baderstr. 7.

Zum 1. 1. 21 ein

Lehrling

für ein neues hiesiges Bank-

geschäft gesucht.

Angebote unter Nr. 12511

an die Geschäftsstelle, d. Zeitung.

Suche sofort einen

Lehrling.

Alfred Holmann,

Klempn. u. Installationsgesch.,

Engelstraße 20 a.

Suche zu sofort einen

zuverlässigen Mann

der mit Pferden umgehen kann.

Fritz Blanke & Co.,

Pferdehandlung.

Lichtspielhaus Wittekind

Höckerstraße 5 Fernsprecher 690

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag:

Die anmutige Künstlerin

Lotte Neumann

in

„Arme Thea“

Film in 6 Akten nach dem

gleichnamigen Roman von

Rudolph Stratz.

Das Schicksal der strahlend

schönen, jungen Frein Thea

von Hoffacker, die aus Glück

und Wohlergehen plötzlich

in bitteres Elend gestürzt

wird, erzählt dieser Film.

Prachtvolle Szenarien! Glanzvolle Ausstattung!

LOTTE NEUMANN

die die Hauptrolle verkör-

pert, gibt dem Film durch

ihre eindrucksvollen Spiel

ein besonderes Gepräge:

Der beliebte Berliner Komiker

Paul Heidemann

in

Die verflixten

Küsse!

Ein ausgezeichnete Lustspiel-Schlag

in 3 humorsprühenden Akten.

Vorstellungsbeginn 5 Uhr!

Mein guter

Zorf

ist auch zentnerweise im Lager Bielefelderstr. 12

zu haben. Auch gebe noch fuder- und ladungswiese zu

billigsten Tagespreisen ab.

Wilhelm Horn, Herford,

Telefon 665. Annahr. 3.

Gesucht wird:

1 Verkäuferin, 1 Putzmaacherin

für sofort, evtl. zum 1. Dezember.

Heinrich Bracht & Co.

Borwärtstrebende

Außenbeamte

von alter, bestfundierter Aktiengesellschaft,

die mit Ausnahme von Leben sämtliche

Hauptzweige betreibt und auf eine zeit-

gemäße Ausgestaltung ihrer Einrichtungen

bedacht ist, gegen Gewährung ausreichender

Bezüge / Gehalt, Domizil- und Reise-

spesen, Provisionen / und Aufnahme in die

Pensionkasse, gesucht. Ramentlich jünge-

ren Kräften bieten sich ausgezeichnete Ent-

wicklungsmöglichkeiten.

Bewerbungen unter A. Sch. 12431 an

die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Für einen geschulten, eingeführten, von ersten Firmen

glänzend begünstigten, industriellen Massenartikel soll

das

Alleinvertriebsrecht

bezugsweise gegen festen Abschluss mit entspr. Anzahlung

vergeben werden. Große Vorkaufsfähigkeit, Prognose ab-

unterstützung. Ang. unter J. 5134 an Heint. Eisler,

Annunc.-Exp., Berlin S. W. 48.

Alt-Eisen, Lumpen, Metalle, Zelle

kauft zu Tagespreisen

Fr. Schaminist, Produktienhandlung

Hollandstr. 27. Telefon 986. Einricht. Edeleute.

Auf Wunsch erfolgt Abholung.

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land



Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 63 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt-Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 264

(Zweites Blatt.)

Herford, Dienstag, den 9 November 1920

38. Jahrgang.

Parteitag der D. D. P. Westfalen-Nord. Eine bedeutsame Tagung.

Am Sonntag und Montag hielt die Deutsche Demokratische Partei des Wahlkreises Westfalen-Nord ihren Parteitag in Bielefeld ab. Die Delegierten waren aus allen Bezirken des Wahlkreises in großer Zahl erschienen, daß der Verhandlungsraum im Vereinshaus nicht mehr ausreichte und die Tagung in den großen Saal verlegt werden mußte. Der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes, Abgeordneter Kühle-Herford, eröffnete die Verhandlung mit einer Ansprache, in der er, anknüpfend an den zweiten Jahrestag der Revolution, darauf hinwies, daß, so sehr die Umwälzung für viele mit herdem Leid verbunden gewesen sei, wir unsere Gedanken nicht mehr rückwärts wenden dürfen. Stolz erinnere ich an die Größe Deutschlands, die wir nicht verlieren dürfen. Was wir an der deutschen Vergangenheit, soll uns niemand rauben. Der Parteitag soll ein Tag der Bejahung sein. Wir können nicht vorwärts kommen, wenn wir unseren Blick nicht festiglich richten auf das, was ist und sein wird. Bejahung und hoher Zukunftsglaube sollen heute hier ihren Niederschlag finden. Wir wollen die Entwicklung unserer Anhänger zu politischen Persönlichkeiten. In dieser Bejahung und Entwicklung als politische Persönlichkeit liegt einmütig eingeschlossen ein treues Bekenntnis zur Partei, der Wille, was an Kräften in uns ist, an den Ausbau der deutschen demokratischen Partei zu wenden, die uns des deutschen Volkes willen da ist und wirkt. Sich entwickeln als politische Persönlichkeit bedeutet, auch in der Arbeit die Volksgemeinschaft zu erleben, auch in der sich als ein Teil des Ganzen zu fühlen. Das ist ja der Sinn der sozialen Idee, daß auch der Bergmann seine Arbeit erleben muß als einen Dienst am Volke, daß auch der Schmelzer am Amboss sich bewußt werden muß, daß er den Hammer schwingt zum Wohle der Gesamtheit. Und endlich verlangt die Entwicklung als politische Persönlichkeit das Einswerden mit den Mitmenschen und der Menschheit. Einswerden mit den Mitmenschen bedeutet, eine treuere, nationale Politik zu betreiben, die die Brücken schlägt zwischen rechts und links, die die Ausgrenzung von oben und unten vorbereitet und verwirklicht. Wenn es uns gelingt, dieses Ziel zu erreichen, dann wird es uns leicht werden, auch jenes Problem zu lösen, das die auswärtige Politik uns aufgegeben hat, das Problem des Völkerbundes, und innerhalb der Menschheit jenen Platz auszufüllen, der uns bestimmt ist. In diesem Geiste wird unsere Tagung eine ernste Beratung werden für eine Sache, die uns allen am Herzen liegt, für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Nach diesen Worten und nach Begrüßung der Delegierten durch Kreislehrer Dr. Schmitzberg für die Ortsgruppe Bielefeld und durch Frau Dr. Bohnstedt für die Frauengruppe Bielefeld wählten die Vertreter der einzelnen Bezirke den Bericht über die Entwicklung der Partei in ihren Kreisen. Die Ausführungen zeigten, daß in allen Teilen des Wahlkreises die demokratische Bewegung sich von der Niederlage der letzten Wahl wider Erwarten schnell erholt hat und sich überall wieder in aufsteigender Linie befindet, ein Grund, der durch die wirtschaftliche und an Anregungen reiche Aussprache bestätigt und vertieft wurde.

Sodann wurde eine Satzungsänderung dahin beschloffen, daß die nächsten Bezirke in Zukunft auf je angefangene 3000 Stimmen der letzten Reichswahl (bisher 5000 Stimmen) einen Vertreter in den Wahlkreisvorstand zu entsenden haben und daß die Wahl der Kandidaten durch den Parteitag erfolgen soll. Die Vorbereitungen hat selbstverständlich der Wahlkreisvorstand zu treffen.

Eine lebhafte Erörterung lief die Frage der Sachauschüsse hervor. Fabrikant Meyer-Bielefeld gab einen Bericht über die Gründungsstadium des Reichsausschusses für Handel, Gewerbe und Industrie und schlägt die Bildung eines gleichartigen Ausschusses für den 19. Wahlkreis vor. Fabrikant Weinberg-Herford unterstützt den Vorschlag auf das wärmste und hebt besonders die Bedeutung hervor, die solche Ausschüsse als beratende Organe für die Parteileitung haben. Stadtrat Höpner-Bielefeld legt für die Heranziehung des Handwerks ein. Herr Priester-Dehmold legt besonderen Wert auf die territoriale Gliederung dieser Ausschüsse. Herr Krah-Minden fordert die Berücksichtigung der Kleinhandels. Herr Koch-Stadtbergen lenkt in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit auf die Not der Kleinrentner hin. Herr Friedebold-Lage fordert die Gründung eines Arbeitermerkschusses. Herr Dicks-Herford bespricht die Zusammenfassung der Beamten. Herr Grund-Nahden und Herr Lehmann-Bielefeld unterstützen noch die Bedeutung des Ausschusses, und nachdem Herr Dr. Oppenheim-Petershagen erklärt, die Notwendigkeit hervorgehoben hatte, für alle diese Sachausschüsse zu schaffen, wählte die Tagung aus Vertretern der verschiedenen Berufs-Kommissionen, die gemeinsam mit der Gründung solcher Ausschüsse für Handel, Gewerbe und Industrie, für die Arbeitnehmer, für Beamte, für das Handwerk, für die Landwirtschaft, für die freien Berufe und für die Kleinrentner vorbereiten sollen. Zum Schluss des ersten Verhandlungstages beschloß man noch eine tatkräftige Unterstützung der Jugendorganisation des 19. Wahlkreises, die zu gleicher Zeit in Bielefeld tagte.

Auch der Jugendparteitag war von den einzelnen Jugendgruppen mit zahlreichen Vertretern besetzt worden. Abgeordneter Kühle-Herford überbrachte die Grüße der Gesamtorganisation. Der Bericht über die bisherige Tätigkeit der Jugendorgani-

zation gab das Bild einer erfreulichen und zu den besten Hoffnungen berechtigenden Entwicklung. Die Satzungen des Verbandes für den Wahlkreis Westfalen-Nord wurden angenommen und der provisorische Vorstand in seinen Rängen bestätigt. Als Vorort wurde Detmold bestimmt und in den Wahlkreisvorstand die Herren Mühlh-ling-Detmold und Vollenberg jr.-Minden gewählt.

Am Abend des ersten Tages fand eine öffentliche Versammlung im Vereinshaus statt. Begeistert begrüßte, nahm Oberbürgermeister Dominicus das Wort, um unsere politische Lage zu beleuchten. In Ost und West zeigen sich Bewegungen, die dem Bestande der Reichseinheit gefährlich werden können. Für Oberbischöfen ist jetzt, für den Fall, daß dieses Land sich bei der Abstimmung für Deutschland entscheiden sollte, ein Autonomiegesetz angekündigt worden. Trotz aller Bedenken haben wir diesen Weg gehen müssen, weil die Vertreter sämtlicher deutscher Parteien Oberbischöfen erklärt, daß der Schritt notwendig sei, um die Abstimmung im günstigen Sinne für uns zu beeinflussen. In der preussischen Verfassung haben wir ferner Bestimmungen über die Zusammenfassung des Staatsrates und über den Ausbau der Selbstverwaltung der Provinzen getroffen, die alle berechtigten Ansprüche der einzelnen Landschaften befriedigen sollen. Aber schon werden in Rheinland weitergehende Wünsche laut. Wie sich hier Gefahren zeigen für den äußeren Bestand, so umlauern uns Gefahren für den Frieden im Innern. Erst jetzt ist wieder ein wilder Streit bei den Berliner Elektrizitätswerten ausgebrochen, der in der Art seines Ausbruches ebenso wie der Streit der Heiser am Charlottenburger Säuglingsheim ein Zeichen des Verantwortungslosigkeit gegenüber der Volksgemeinschaft beweist. Kohlennot, Arbeitslosigkeit und Finanznot belasten unsere Gegenwart schwer. Und hinter allem liegt der dunkle Hintergrund unserer Außenpolitik. Auf der einen Seite aber kann man doch auf manche Momente der Hoffnung hinweisen. In Amerika haben die Anhänger Wilsons eine Wahl-niederlage erlitten. Statt ihrer ist eine Richtung erfolgreich gewesen, die doch andere Ziele als den amerikanischen Interessen entsprechend aufstellt, als Wilson sie in Versailles hat aufstellen lassen müssen. Die Engländer haben auf einen Teil der Repräsentanten des Paragrafen 18 des Friedensvertrages zu unseren Gunsten Verzicht geleistet. Der Vorfall der H. S. P. wird für die Ruhe im Innern von Nutzen sein. Die Resultate der Waffenablieferung sind ein weiteres Moment der inneren Konsolidierung. So können wir vielleicht mit Erfolg an die einschneidenden Maßnahmen herantreten, die jetzt notwendig sind. Gruppierungen in unserer Staatswirtschaft sind dringend erforderlich. In diesem Zusammenhang ist der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht aufgetaucht, dessen Durchführung sich allerdings erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Wir brauchen eine Schlichtungsordnung gegen die wilden Streiks. Hier ist das Problem, wo wir die fiktive Macht hernehmen sollen, um in allen Teilen der Arbeiterschaft das Verständnis hierfür zu erwecken, wo die materielle Macht herkommen soll, um die Durchführung des Gesetzes zu erzwingen. Wir müssen ferner alle Versuche, unsere gegenwärtige Staatsform umzustürzen, gewalttätig niederhalten. Hierzu aber brauchen wir eine starke und breite Regierung, die Front von Streikern bis Scheidemann, die nur durch Überwindung des Parteigegensatzes herzustellen ist. Aber alle Aufgaben, mögen sie noch so schwer sein, werden wir lösen können, wenn uns immer vornehmlich jenes Wort von Friedrich List: Im Hintergrunde aller meiner Pläne liegt Deutschland.

Den zweiten Vortrag hielt mit stürmischem Beifall empfangen, Herr Dr. Gertrud Bäumer: Ob die einzelnen Maßnahmen, die wir ergreifen, erfolgreich sein werden, hängt von der einen Frage ab, ob es uns gelingt, das deutsche Volk in allen seinen Schichten und Weltanschauungen um die eine Aufgabe des Aufbaues zu sichern. Unser Volk hat den Ausdruck seiner Einheit noch nicht gefunden. Ihn zu gewinnen, muß das Ziel unserer ganzen Politik sein. Hierzu ist erstes Erfordernis die Überwindung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Das Volk, dem als erstes die Auflösung dieses Gegensatzes gelingt, wird selbst befestigt auch heute noch wirtschaftlich, politisch und moralisch einen Vorprung gewinnen. Die Partei aber, die berufen ist, allein durch ihre Existenz den Boden zu schaffen, auf dem alle sich finden können, ist die deutsche demokratische Partei. Aber nicht nur auf sozialem Wege muß der Versuch des Ausgleichs gemacht werden, auch geistig müssen wir den großen Hintergrund gemeinsamer deutscher Kultur herausarbeiten, in dem die Einheit empfunden werden kann. Aus diesen Gründen dürfen wir nicht mehr rückwärts schauen. Ist es nicht eine Verflüchtigung an dem Gedanken der Einheit, wenn in recht langen Debatten die Parteien im Reichstage sich gegenseitig ihre Schuld vorrechnen, ohne auch nur ein politisches, einheitbildendes Ziel auszusprechen? Ein jeder im Volke sollte es sich zur Pflicht machen, sein Wort zu sagen, mag es ihm auch einen noch so großen demagogischen Erfolg eintragen, das nicht aufbauend wirkt. In uns muß der Wille lebendig sein, keinen Gegensatz über sein tatsächliches Maß zu vergrößern. Um so mehr als der Boden zu einer weniger dogmatischen, mehr vernünftigen Lösung der Frage der Überwindung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit heute günstig ist. Die Hilfslosigkeit der Sozialdemokratie in Kassel, die bei ihrer Machtstellung nichts anderes zu bieten hatte, als den Kampf ihrer beiden führenden Männer, hat die besseren Köpfe jener Partei einer nicht dogmatischen Lösung zugänglich gemacht. Aber die Frage ist nur zu lösen, wenn die wirklich Sachverständigen an sie herangehen mit dem Willen, auch in der Wirtschaft die Volksgemeinschaft zur Darstellung zu bringen. Die für einen Erfolg notwendige Vertrauensbasis im Volke schaffen und kann nur der politische Gedanke der Demokratie, der volksverständlich und schließlich die Gleichberechtigung aller zum Ausdruck bringt. Seiner Verwirklichung stellt sich nun eine dreifache Romantik entgegen. Einmal die Romantik derer, die sich den Parteien und dem Parlamentarismus gegenüber ablehnend verhalten und die nicht sehen, daß die Mängel nicht in den Formen begründet liegen, sondern in den Momenten, die sie heute benutzen. Ein zweites Hindernis ist die Romantik, die alles Heil von einer händischen Vertretung erwartet, obwohl sie innere Interessenvertretung und niemals gemeinschaftsbildend ist. Und endlich steht im Wege jener Gedanke an einen Diktator, ein Zeugnis für die politische Illusionsfähigkeit des Deutschen und für die moralische Drückerei aller, die ihren Teil der Verantwortung einem anderen aufladen möchten. Nicht der Diktator hilft uns, sondern die Bereitschaft der Millionen, eine Grundlage für aufbauende Arbeit zu finden. Der einzige Weg hierzu ist die demokratische Idee, weil sie das einzig Überwindende ist. Denn was an positivem Gehalt Kassel aufzuweisen hatte, was die Rechtsunabhängigen von dem Bekenntnis zum Terror zurückhielt, war ein Stück von Demokratie. Und die Rechtsparteien, die sie ablehnen, haben keinen anderen einigenden Gedanken an ihre Stelle setzen können. Sie allein schafft uns einen allgemeinen Glauben deutscher Staatsidee, die man aus den vorhandenen Kräften, aus dem Gedanken der Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung zu entwickeln versuchen muß. Und nun noch ein letztes: Um die deutsche Schule könnten Kämpfe entbrennen, wenn wir es nicht lernen, die vielfache Verzerrung der Weltanschauungen als Reichthum zu empfinden und unsern Schulwesen Formen geben, die den Willen zum Miteinandergehen der verschiedenen Weltanschauungen zum Ausdruck bringen. Das Leben nach dem gemeinsamen Bildungsgut der deutschen Nation ist die Aufgabe der Schule. Wir müssen jedem die Quellen seiner geistlichen Kraft erhalten und dürfen darüber nicht den weiten Horizont gemeinsamen Kulturgutes übersehen, an dem uns alle unsere Geister leuchten. Wird die Schulgesetzgebung in diesem Geiste gemacht und vom deutschen Volke aufgenommen, dann wird sie ein Friedenswerk werden. Wenn wir so unsere Politik gründen auf „Einigkeit und Recht und Freiheit“, dann wird uns auch die erste Strophe dieses Liedes zurückgewonnen werden: Deutschland, Deutschland über alles!

Unter dem tiefen Eindruck dieser Worte verzichtete die Versammlung auf eine Aussprache.

Der zweite Verhandlungstag war der politischen Aussprache gewidmet. Delegierte und Mitglieder der Partei hatten sich so zahlreich eingefunden, daß der große Saal des Vereinshauses bis auf den letzten Platz gefüllt war. Zunächst sprach Oberbürgermeister Dominicus über die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Preußenwahl: Die Aufgaben der Landesversammlung sind erfüllt. Wir stehen vor einer neuen Preußenwahl. Wir haben in der demokratischen Fraktion der Landesversammlung besonderen Wert darauf gelegt, den Termin für die Wahl im Einvernehmen mit dem Reiche festzulegen, damit die Nachwahlen für den Reichstag in den Abstimmungsgebieten an dem gleichen Tage vorgenommen werden können. Der Wahltag wird voraussichtlich der 13. Februar sein. Wenn die preussische Verfassung ohne Aufwühlung neuer Parteigegegnisse verabschiedet werden kann, so ist das vor allem der Tatsache zu verdanken, daß es uns Demokraten gelungen ist, eine Einigung zwischen den drei Koalitionsparteien herbeizuführen. Wesentlich war hier die Einigung und Zusammenfassung des Staatsrates, dem auch die Sozialdemokratie ihre Zustimmung gegeben hat. Das Einkammersystem hätte bei dem Wettlauf der Parteien, Sondervünschen zu entsprechen, die immer mit großen Ausgaben verbunden sind, für die Entwicklung des Staates verhängnisvoll werden können. Hier muß ein kontrollierendes Organ vorhanden sein. Diese Aufgabe hat anstelle des ursprünglich geplanten Finanzrates der Staatsrat, der zugleich die Möglichkeit gibt, die Provinzen unmittelbar an der Leitung des Staates zu beteiligen. Zu diesem Staatsrat wird auch die Grenzmark im Osten ihre befähigten Vertreter entsenden. Die Anregung, den uns geliebten Rest der Provinzen Westpreußen und Posen nicht anderen Provinzen anzugliedern, sondern uns ihn einen besonderen Verwaltungsbezirk unter dem Namen Grenzmark zu bilden, ging von dem Mitgliede unserer Fraktion Oberbürgermeister Schnadenburg aus. Durch diese Tatsache soll sichtbar der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die uns dort entzerrten Gebiete einmal zu uns zurückkommen werden. Die Farben der preussischen Republik sind schwarz-weiß. Dadurch, daß wir erklärten, wir machen den die Festlegung dieser Farben fordernden deutschnationalen Antrag mit, haben wir dem Antrag die Mehrheit gesichert und damit einen Anlaß zu neuen Parteizwistigkeiten und Zankereien von vornherein ausgeschaltet. Auch in der Frage der provinzialen Autonomie konnten wir eine Einigung herbeiführen. Bis zum gesetzlichen Ausbau der Selbstverwaltung sollen die leitenden Provinzialbeamten nur im Einvernehmen mit den Provinzialausschüssen ernannt werden. Ein wie großer Schaden dadurch angerichtet werden kann, wenn auf solche leitenden Posten Beamte kommen, die nicht über eine genügende Vertrautheit mit der Eigenart der Bevölkerung verfügen und nicht geneigt sind, sich innerlich auf diese Eigenart einzustellen, haben wir in Glatz-Bohringen erfahren. Eine besondere Berücksichtigung verdient unsere Politik gegenüber der Landwirtschaft. Wie befangen und hilflos die Sozialdemokratie in dieser Frage ist, zeigt deutlich die Tatsache, daß sie in ihren dem Kasseler Parteitage vorgelegten Richtlinien zum Agrarprogramm sagte, eine Übereinstimmung über die volkswirtschaftliche Bedeutung der verschiedenen Größenverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe sei im Augenblick nicht möglich. Demgegenüber müssen wir betonen, daß wir gerade in der Gestaltung der selbständigen Bauern eine Hauptquelle unserer nationalen Kraft sehen. Darum muß man es bedauern, daß der gegenwärtige Landwirtschaftsminister Braun an die Verwirklichung des Siedlungs-gedankens nur mit Jagdbäuterei und Mangel an Verwaltungsfähigkeit herangegangen ist. In Preußen gibt es heute noch keinen Landlieferungsverband. Aber trotz aller Schwierigkeiten hätte die

Siedlung mehr gefördert werden können, wenn man sie nicht mit dieser Langweiligkeit behandelt hätte. In der Kulturpolitik müssen wir vor allem eine sorgsame und pflegliche Behandlung der Schulreformpläne verlangen, weil die Schule besonders tief die menschlichen Beziehungen berührt. Man darf heute keine wilden Pläne fördern, die zunächst einmal nur zerstören, da der Aufbau schon der Kosten wegen so schwierig ist. Unsere finanzielle Lage ist schon derart, daß wir an neue Steuern denken müssen, die, nachdem das Reich fast alle Steuern an sich gezogen hat, nur auf dem Gebiete der Grundsteuern liegen können. Auch die Rechtsparteien haben anerkannt, daß neue Einnahmen geschaffen werden müssen. Unter solchen Umständen muß oberster Grundsatz sein, keine neuen Ausgaben, ohne daß die Deckung dafür vorhanden ist. In dieser Beziehung müssen wir unter allen Umständen eine Stärkung des Verantwortungsgefühls des Parlamentes verlangen.

Nach diesen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen verbreitete sich an Stelle des leider verhinderten Abgeordneten Regierungspräsident Dr. Hagemeister-Minden Bürgermeister Dr. Diekmann-Minden über die Demokratisierung der Verwaltung: Warum müssen wir heute demokratisieren? Trotz aller Umwälzungen, die sich vollzogen haben, wandelt die Verwaltung noch im alten Geleise. Im Mittelalter war die Verwaltung aufgebaut auf dem demokratischen Gedanken der Gemeindefreiheit. Aber immer mehr drängte die wachsende Staatsgewalt die Selbstverwaltung zurück. Als dann der Friede von Tilsit Preußen vernichtet hatte, forderte der Freiherr vom Stein vom Volke, sein Geschick selbst in die Hand zu nehmen. Dieser Ruf war damals ein kühner Wurf der Demokratie, war ein unerschütterlicher Glaube an die Kräfte des Volkes. 1813 war der Erfolg dieser Tat. Aber als Preußen wieder erwacht war, da hat die Reaktion solange einen Stein nach dem andern aus dem steinernen Bau herausgebrochen, bis er zusammenfiel. So hatten wir trotz konstitutioneller Verfassung eine obrigkeitliche Verwaltung. Sie hat tatsächlich unser ganzes Staatsleben beherrscht. Ihre Stärke lag in einer Beamtenhierarchie, in der jeder fortschrittliche Mann nur als ein Hebel empfunden wurde. Selbst, wenn Minister den Erfordernissen der modernen Zeit Zugeständnisse machen wollten, scheiterten sie an dem zähen Widerstande der nachgeworbenen Beamtenherrschaft. Wie demokratisieren wir nun diesen Verwaltungsapparat? Vereinfachung und Dezentralisation der Verwaltung, geringere Zahl und bessere Uebersicht der Behörden, in diesen Worten sind alle Forderungen enthalten. Eine Dezentralisation können wir vornehmen nur durch den Ausbau der Selbstverwaltung. Was die Selbstverwaltung zu leisten im Stande ist, hat sich in der Entwicklung der deutschen Städte gezeigt. Aufsichtsbefugnisse des Staates müssen bestehen bleiben. Aber die Aufsichtsbefugnisse müssen klar umgrenzt sein. Denn gerade die Verwischung dieser Grenzen hat zu jener Vermehrung der Behörden wesentlich beigetragen, die wir beseitigen müssen. Letzten Endes aber entscheiden über den Charakter einer Verwaltung die Menschen, die in ihr sich betätigen. Und heute besteht die Gefahr, daß von der Beamtenhierarchie aus unsere demokratischen Verhältnisse wieder rückwärts revidiert werden. Hier muß Wandel geschaffen werden. Auf eine tüchtige, berufliche Vorbildung dürfen wir aber nicht verzichten. In der Selbstverwaltung finden wir die Männer, die wir brauchen. Gehen wir diesen Weg, dann wird die Zeit kommen, wo die Demokratie in Deutschland durch eine demokratisierte Verwaltung gesichert ist.

Sodann behandelte Prof. Dr. Neumann-Hofer die Frage Unitarismus und Föderalismus: Diese Frage, die zu den ältesten des deutschen Volkes überhaupt gehört, ist durch den Paragraphen 18 der Reichsverfassung neu aufgerollt. Er will nach einer Sperrfrist von 23 Jahren eine Neugliederung des Reiches möglich machen. Entscheidend soll der Volkswille sein. Aber es ist das leichter gesagt, als den Volkswillen festzustellen. In Preußen soll im allgemeinen die Meinung eines ganzen Regierungsbezirktes entscheiden. Wenn aber der Kreis Grafschaft Schaumburg eine andere Regelung seiner staatlichen Verhältnisse beschließt, dann müßte darüber der ganze Regierungsbezirk entschieden, mit dem er in keinem Zusammenhange steht. Dies Beispiel zeigt, daß Ausnahmen von der allgemeinen Regel zugelassen werden müssen, wenn der Volkswille gerecht festgestellt werden soll. Um solche Schwierigkeiten mit auszugleichen, ist eine Zentralkasse beim Reichsministerium des Innern gebildet worden, die beratende Funktionen hat. Gegen die Mittelstaaten sind im allgemeinen keine Einwendungen erhoben worden. Anders liegt es bei den Kleinstaaten und dem Großstaat Preußen. Nach Lösung der thüringischen Frage berührt das Kleinstaatenproblem im wesentlichen unsere Wahlkreise. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung Pyramonts mit Waldeck ist durchgeführt. Das Ausscheiden Pyramonts aus dem Staate Waldeck und seine Eingliederung in Lippe steht zu erwarten. Daß der Freistaat Lippe nicht selbstständig bleiben kann, diese Ueberzeugung ist in Lippe tief in die Bevölkerung eingedrungen. Für uns Lipper kann es sich nur um die Frage handeln, wie diese Ueberleitung am vorteilhaftesten für uns erfolgt. Da stehen wir nun auf dem Standpunkte, daß zunächst einmal Lippe, Schaumburg-Lippe und Kreis Grafschaft Schaumburg sich zusammenschließen sollen, um für die Ueberleitung eine stärkere Verhandlungsmacht zu schaffen. Es kann für uns dann nur die Eingliederung in Minden-Ravensberg in Frage kommen.

Wiel schwieriger ist nun das Problem Preußen. Preußen hat allein dadurch, daß es vier Fünftel der deutschen Bevölkerung umfaßt, einen so überwiegenden Einfluß im Reich, daß andere Staaten sich dadurch bedrückt und eingeengt gefühlt haben. Das war nicht gefährlich, solange das Band der Monarchie vorhanden war. Aber dieses Band ist gefallen. Die Schwierigkeiten in Preußen selbst sind größer geworden. Die Tätigkeit Adolf Hoffmanns im Kultusministerium hat den Willen bestärkt, sich in die kulturellen Dinge von Berlin nicht hineinmischen zu lassen. Schwierigkeiten haben sich ergeben, daß zwei Regierungen in Berlin nicht nur nebeneinander, sondern oft gegeneinander arbeiten. Das Reichsministerium des Innern wird in der Erfüllung seiner Pflicht gegenüber den besetzten Gebieten durch Kompetenzfreistellen mit dem preussischen Ministerium eingeengt. Und so stehen wir in einer Entwicklung, die manches Bedenkliche in sich trägt. Wie die Dinge aber auch gehen mögen, für uns Demokraten kann es nur heißen: Ueber Preußen steht Deutschland.

An die Referate schloß sich eine sehr lebhafte Aussprache an. Wandmesser Meineke-Goesfeld verlangte eine Beschleunigung der Siedlungstätigkeit. Im Interesse der Volksernährung ist eine gleichmäßige und ungehörte Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe und die volle Ersatfung der landwirtschaftlich und gärtnerisch nutzbaren Landes unter gleichzeitiger Förderung des Heimstättenwerkes notwendig. Die zahlreichen Pächter und Hengelage sowie die landwirtschaftlichen Eigentümer, die ohne die Zupachtung nicht bestehen können, dürfen nur dann in ihrem Pachtverhältnis gekündigt werden, wenn es zwingende Gründe erfordert. Die Pachtrenten dürfen eine angemessene Verzinsung des in den Steuererklärungen angegebenen, nach dem Ertragswert berechneten Vermögens nicht übersteigen. Wird in einem Pachtvertrage Arbeitskräfte verabreicht, so muß der Vertrag jede einseitige Willkür ausschließen. Eine Veränderung des Paragraphen 12 des Reichsgrundgesetzes ist notwendig durch Beseitigung der formalen, dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufenden Bestimmung, die die Befreiung der Pächter, Seierlinge und Zupächter und zugleich auch das Heimstättenwerk verhindert. Für den schlecht oder vom Eigen-

tümer dauernd nicht bewirtschafteten Großgrundbesitz muß die Be- rechtigung beseitigt werden, das Reichsnotopfer durch den Reichs- notzins abzubilden. Vielmehr sollten Pächter, Siedler und Heim- stättenausgeber an Stelle des Großgrundbesitzes die Zahlung des Reichsnotzins übernehmen und damit zu Eigentümern gemacht werden. In den kleineren Orten Preußens sollte die Grenze für die Anwendung der Reichsgarten- und Kleinpachordnung auf die reichsrechtlich zulässige Höhe von zwei Morgen erhöht werden. Der Parteitag nahm die Ausführungen mit großem Interesse entgegen und beschloß, die Anregungen dem Vorstande mit dem Auftrage der Weitergabe an den Zentralvorstand der Partei zu übergeben. Nach- dem Herr Gempnich-Petershagen über die Agitation auf dem Lande gesprochen hatte, behandelte Parteisekretär Dieckhoff-Minden einige aktuelle Probleme in Rücksicht auf den kommenden Wahlkampf: In der Frage des preussischen Staatsrates und der Provinzialautonomie sollten wir den deutschen Gedanken in den Vordergrund stellen. Gewiß ist die Geschichte Preußens glorievoll gewesen, wenn man daran denkt, daß in diesem Lande sich in Deutschland zuerst staatenbildende Kraft gezeigt hat und dieser ursprünglich so kleine Staat so stark werden konnte, daß Bismarck auf ihn das deutsche Reich gründen konnte. Soll Deutsch- land als Volksstaat leben, dann muß der Staatsmedanismus sich wandeln in einen lebendigen Staatsorganismus, der sich gründet auf das innige Aufeinanderbezogensein von Einzelglied und Reich. Auch Preußen, das seinen deutschen Beruf noch nicht erfüllt hat, kann nur als Organismus erhalten werden, und es muß erhalten werden, wenigstens, bis das Reich sich so konsolidiert hat, daß die Aufgabe Preußens übernehmen kann. Soll aber der demo- cratische Staat lebendige Wirklichkeit werden, dann dürfen sich nicht in einzelnen Wirtschaftszweigen Kapitalmengen zusammenballen, die den Verfassungsberechtigten eine größere Macht verleihen, als sie der Staat in Händen hat. Das ist das Grundsätzliche für die Stel- lung zur Sozialisierung des Bergbaus. Sie muß eine Form annehmen, die die Gewinne der Differentialrente der Allge- meinheit zuführt. Ein Staat, der auf das Wort sozial Anspruch erhebt, darf es nicht zulassen, daß solche Gewinne des Glases zumal in einer Zeit der finanziellen Not einzelnen zufallen. Dem Voller- bunde stehen so viele ablehnend gegenüber einmal, weil wir eine radikale Linke haben, die den internationalen Gedanken an die Stelle des nationalen setzen will. Aber die Organisation der Mensch- heit kann sich nur gründen auf der reiflichen nationalen Befriedi- gung jedes Volkes. Auch eine gewisse Art des Pazifismus hat dem Völkerbundsgedanken Abbruch getan. Sofern der Pazifismus, die innere Einstellung des Deutschen dagegen wenden will, sich in schwerster Not gegen einen Ueberfall mit der Waffe zu verteidigen, müssen wir ihn ablehnen. Denn wer dem Volke diesen Willen raubt, nimmt ihm Lebenswillen, Lebensbejahung, ohne die wir nicht wie- der hochkommen können. Werden wir gesagt, ob wir in den Völkerbund eintreten wollen, dürfen wir eine solche Forderung nicht ablehnen, weil durch den Friedensvertrag der Völkerbund als diejenige Instanz eingesetzt ist, die die Revision des Versailleser Frie- dens vornehmen soll. Stadtrat Michaelson-Minden geht auf die Forderung der Zerstörung der Dieselmotoren ein. Bei dem Mangel an Kohlen haben wir die Dieselmotoren unbedingt notwendig. In dieser maßlosen Forderung prägt sich der Haß und Neid Frankreichs aus, das uns nicht wieder hochkommen lassen will. Ich bitte Sie, einer von mir eingebrachten Entschließung, die Pro- test gegen diese neue Vergewaltigung erhebt, Ihre Zustimmung zu geben. Der Parteitag nahm diese Ausführungen mit stürmischem Beifall auf. Justizrat Brand-Herford erhob zunächst Protest gegen eine immer weitere Einschränkung der Selbstverwaltung, wie sie erst jetzt wieder durch den Kultusminister Hommich in der Schul- verwaltung vorgenommen sei, um dann auszuführen: Ueber die Höhe unserer Zeit kann uns nur der vaterländische Ge- danke hinwegführen. Leider ist er durch den Hurra-Patriotismus gewisser Kreise entwertet worden. Aber das sollte uns Demokraten nicht hindern, immer wieder zu betonen, daß der Volkswille ver- langt, daß das, was deutsch war, auch wieder deutsch werden muß. Landtagsabgeordneter Kuhlmeier-Heidel- berg legt nachdrücklich Wert darauf, daß der 18. Januar als der Gründungstag des deutschen Reiches von allen demokratischen Orga- nisationen gefeiert würde, und verlangt weiter, daß bei Befragung von Stellen in der Verwaltung unbedingt eine genügende Befähigung für den Posten gefordert werden müsse. Postrat Lude- Minden geht auf die Beamtenfrage in: Die Grundpfeiler des alten Staates waren Heer und Beamtenschaft. Wenn in den Tagen des Zusammenbruchs auch die Beamtenschaft verfaßt hätte, was wäre dann aus unserem Vaterlande geworden? Das beweist, daß wir auch im neuen Staate Wert legen müssen auf ein rechtlich ge- sichertes Fachbeamtenum. Der Beamte muß sich fühlen als Diener des Volkes und sich heute in demokratischen Staate mehr als früher mit Politik beschäftigen. Jede Entwicklung nach links und rechts gefährdet die Existenz des Beamten, und daher muß er meiner Auffassung nach die Demokratie stützen. Wir verlangen ein freies, freies Beamtenrecht, die Verwirklichung des Aufstieges der Tüchtigen. Trotz der Finanznot des Staates muß ich doch die Aufmerksamkeit lenken auf die Notlage der Beam- ten, die, wenn die Friedensverträge an Kleidung aufgebraucht sind, nicht wissen, wie sie dann ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Eine ausreichende Befoldung liegt aber auch im Inter- esse des Staates selbst. Kaufmann Koch-Bielefeld weist auf die unhaltbaren Zustände hin, die durch die Ueberfälle der Ver- ordnungen hervorgerufen sind. Es würde das Nichtigste sein, an einem Tage sämtliche Verordnungen für aufgehoben zu erklären und am gleichen Tage die noch notwendigen neu zu erlassen. Die Widerbekämpfung muß sich gegen die Quellen des Wuchers beim Produzenten, nicht gegen den Kleinhandel wenden. Herr Krah- Minden weist auf das Auslaufen von Wanderschülern in Stoffen hin. Gegen diese unethischen Nachschäfer muß das Publikum geschützt werden. Darum muß die Verordnung, die den Hausierhandel mit Uhren und Gold verbietet, heute auch auf Stoffe ausgedehnt werden. Herr Koch-Stadthagen geht noch kurz auf die Frage der Zukunft Schaumburg-Lippes ein. Es ist in einem Teile der Bevölkerung Neigung für Hannover vorhanden. Mir scheint aber der Vorschlag Neumann-Hofers der richtige zu sein. Nachdem noch Lehrer Wilhelm-Minden auf die Not-wendigkeit einer beschleunigten Verwirklichung der Einheitschule hingewiesen und kurz die Stellung der Landeherren zur Lehrerverwahl durch die Kommunen betrachtet hatte, erledigte der Parteitag die vorliegenden Anträge.

Ein Antrag der Jugendorganisation, die um eine tat-kräftige Unterstützung bei ihren Bemühungen, die Jugend zu ge- winnen, bittet, wurde unter stürmischem Beifall angenommen.

Der Antrag Lorenz-Bielefeld:

Der Parteitag erwartet, daß die preussische Landesver- sammlung nicht auseinandergehen wird, ehe sie für die Aus- gaben, die sie bewilligt, auch zureichende Deckung beschaffen hat. Einen Weg zu dieser Deckung sieht die Verammlung in der Grundwert- und Zuwachsteuer, die die produktive Arbeit nicht belastet und die Lebenshaltung nicht erschwert. Er erwartet daher von seinen Abgeordneten, daß sie für eine solche Steuer in der Landesversammlung eintreten werden" wurde der Fraktion übergeben.

Der Antrag Krah-Minden, der eine Bekämpfung der Wan- derlager in Stoffen und einen ausreichenden, gesetzlichen Schutz des Kleinhandels verlangt, wurde gleichfalls der Fraktion übergeben.

Einstimmig angenommen wurde nachstehende Entschließung Michaelson-Minden:

„Das Vorgehen der Entente gegen die Dieselmotoren hat im ganzen Vaterlande die größte Erbitterung hervorgerufen. Der Einwand unserer Gegner, daß diese Motoren zur Her- stellung von Kriegsschiffen Verwendung finden könnten, ist nicht stichhaltig, denn für den Schiffsbau kommt ein beson- derer Typ in Frage. Nicht allein, daß durch die Verände- rung der schnelllaufenden Motore unsere Volkswirtschaft an der Wurzel getroffen wird, da der Dieselmotor an Stelle der uns fehlenden Kohle der wichtigste Ersatz für die Dampf- maschine bedeutet, würden durch diesen neuesten Vorstoß der Entente bedeutende Industriezweige vernichtet und große Teile unserer Arbeiterherrschaft hierdurch brotlos gemacht werden. Unser armes, gequältes Volk erleidet durch dieses rüh- richtslose Vorgehen einen doppelt empfindlichen Stoß und richten wir hiermit einen Appell an die deutsche Reichsregie- rung, der Absicht der Ententeeregierungen mit aller Macht entgegenzutreten, damit die schweren Folgen, welche be- droht sind, unserem unglücklichen Volke erspart bleiben.“

Dann nahm Abgeordneter Kühle-Herford das Wort zu fol- genden Ausführungen: Wir stehen am Schluß einer arbeitsreichen Tagung. Die Arbeit, die wir hier geleistet haben, hat Einigkeit gezeigt in dem Willen, uns in unserer Schaffensfreudigkeit nicht lähmen zu lassen durch die erste Situation, in der wir leben. Meinem geliebten Bunde entsprechend, ist der Parteitag ein Tag der Bejahung geworden in dem Sinne, daß wir uns bemüht haben, Richtlinien zu finden für den Aufbau von Volk und Vaterland. Seht hinaus! Streut den Samen aus, der hier gesät wurde. So rufe ich dem Parteitage ein herzliches Glück ab zu. Möge aus- er ein Baustein werden zum Wiederaufbau unseres heillosen Vaterlandes. Mit dem Gesange des Liedes „Deutschland, Deutsch- land über alles“ wurde der Parteitag geschlossen.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen hielt noch eine gemütliche Zusammenkunft die Teilnehmer des Parteitages mehrere Stunden beisammen. Liebesvorträge und Aufführungen gaben ihr das Ge- präge. Ein Terzett Bielefelder Damen, das deutsche Volkstheater zum Vortrag brachte, und die Darstellung des „Schülers im Par- dies“ von Hans Sachs durch die Herforder Jugendgruppe verliehen den Darbietungen ihren besonderen Inhalt. Auch die Delmörder Jugendgruppe trug zur Unterhaltung bei.

NIVEA

Vorbeugend hellend lindernd und kühlend bei spröder, rissiger Haut. Entzündungen, kleinen Ver- letzungen, Brandwunden und leichte Ausschläge wirkt Nivea-Creme.

B. Beiersdorf & Co., G.m.b.H., Hamburg.
Hersteller der Zahnpasta FEBECO.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Kühle; für den Inzeratenteil verantwortlich: G. Bese; beide in Herford.

Zwangsversteigerung.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen am 31. Januar 1921, vormittags 10 Uhr, an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 15 — die im Grund- buch von Bauerschaft Neustadt Band 31 Blatt 134 (einge- tragener Eigentümer am 6. Oktober 1920, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Eheleute Ad- mann Hermann Heinrich Wulfmeier und Anna geborene Schlichter in Herford, Bauerschaft Neustadt Nr. 107 in Götter- gemeinschaft) eingetragenen Grundstücke:

- Flur 25 Nr. 36, Acker, der Kirchhof 70,64 Ar groß, 6,64 Ar Grundsteuerreinertrag;
- Flur 25 Nr. 250/37, Acker, der Kirchhof, 74,04 Ar groß, 6,96 Ar Grundsteuerreinertrag;
- Flur 25 Nr. 314/28, Acker, der 16. Kamp, 39,69 Ar groß, 5,60 Ar Grundsteuerreinertrag;
- Flur 25 Nr. 347/37, Hofraum mit a) Wohnhaus (Kirch- hofstraße 107) mit Stall und Hausgarten, b) Wager- remise mit Backofen und c) Stall 13,34 Ar groß und 150 M Gebäudesteuermutzungswert, Gebäudesteuerrolle Nr. 2927;
- Flur 25 Nr. 395/38, Acker, der Kirchhof, 17,31 Ar groß, 1,63 Ar Reinertrag und 17,31 Ar groß, 1,08 Ar Reinertrag;
- Flur 25 Nr. 540/93, Acker, Hüllendbreite, 30,18 Ar groß, 2,84 Ar Reinertrag, Grundsteuermutterrolle Nr. 002.

Herford, den 25. Oktober 1920.

Das Amtsgericht.

In das Genossenschaftsregister ist bei der Genossenschaft Einkaufsverein der Kolonialwarenhandler in Herford i. B. e. G. m. b. H. in Herford (Nr. 23 des Registers) heute fol- gendes eingetragen worden: Die Haftsumme ist auf 600 M erhöht und die höchste Zahl der Geschäftsanteile auf 20 festgesetzt durch Beschluß der Generalversammlung vom 20. Oktober 1920.

Herford, den 30. Oktober 1920.

Das Amtsgericht.

Es wird wiederholt auf umgehende Beantragung der für 1921 erforderlichen Wandergewerbescheine hingewiesen. Enger, den 2. November 1920. Der Amtmann.

Die Rechnung der Stadtkasse Enger für das Rechnungsjahr 1919 liegt in der Zeit vom 6. November 1920 bis zum 20. November 1920 in der Wohnung des Gemeindevorstehers zur Einsicht der Gemeinde-Eingeweihten offen.

Enger, den 3. November 1920.

Der Amtmann.

Spania war verflümmelt, es war nicht schöner zu sehen, sie konnte sich nicht mehr erheben. Was dem Volk an jenem Abend, der ihr noch unermittelte gerichtet war, den sie aber bald mit heiserer Singstimmung erwidert hatte, war die begeisterte Ermuthung gewesen, daß Germanen Griechen andern Tages schon vorziehen und um ihre Stadt anhalten würden. So war man sich doch noch in stillen Thränen befangen. Sie mußte, es mußte einen Sturm an Seele erregen, wenn der Mann, der nur von der Stadt in den Abend lebte, sich nicht erheben sollte, sie mußte schwere Schläge sich fügen, endlose Abschiedsworte hören sie erdulden haben, bevor sie sich fern nehmen könnte, aber sie mußte sich entschließen, alles zu dulden, und sollte es denn doch Geduldi nicht anders tragen, mit dem geliebten Manne an Bord, ihm eine treue Gefährtin ins Leben und für seine Stadt, die sich doch einmal freigeschüttet durchdringen würde, zu sein. So herrlichen Träumen lebte sie, eine durchdrungne, seltsame, opferwillige Phant — und da kam er nicht, nicht am nächsten Tage, nicht am folgenden. Das verfluchte sie nicht; aber die Liebe an dem Manne, der zum ersten Male in lebensfrischer ihre Schuppen berührt hatte, erlisch nicht; wohl bittere, aber keine häßlichen Gedanken nahden ihr. Wenn sie ihn auch nicht verlor, sie konnte ihn nicht ahnen, sie trug auch keine Geduldi, ihm wieder zu begegnen; erduldete sie vielmehr nicht, denn nicht die Augen wiederzusehen.

waren ihnen, und doch litt sie in tiefer Degen-
 der, halb freundlich, halb andern.
 Ein letztes Gelehdraß der beiden Fraueninnen wurde
 durch das Schreihen anderer unterbrohen.
 Der Dolle war mittlerweile hinfalle der kollehen
 Stuhmel und der an seinen Füßen blühenden Bräutchen
 von dem Gedränge einer Umherläufer geschoben worden. Er
 schritt mit dem Augen viel höher, die betragten geröth
 nicht mehr.
 Der Dile betrachtete sie mit Fernestille. „Stühelstern
 einbreitende Bettner Lebensgeschicht.“ dachte er nachgelassen
 „und sein Ortungsstiel mehr.“
 Schnell waren sie im Gelehdraß, Frau Gelehdraß so
 und unbewußt durch, sie konnte sich nunmehr, wo
 außerdem der Kasse zu reiden begann, den sie sehr liebten,
 mit ihrem Stücken Mann, ein wenig an anderen Dingen
 weiter begeben, wenn auch nicht zu weit vom Schicksal
 glück begann in ihrer ruhigen, etwas
 glück sich durch eine Feinheit an einnehmen. „Dont mehr

Siehe! Ich sah nicht richtig etwas damit überein, das ich selbst
geschriebt, wenn man zunächst richtig Schrift-Satz hatte.
Es war denn Abde von Schreibens Geschickliche für ein
Gut und doch laugten ein gewonnenes Gelingen, und es
richtete dagegen vertheilte Schriftführungen ins Gesetz,
daß er aber gleich, wie im auszubilden; hony soll ganz
einmal y pence, die bilden brillirenden Finger recht behändig
schreibt die mächtige goldene Panzerumtreite gleiten ließ. Die
beiden Hände mittlerer Größe ganz gut als Goldband hüthen
blieben können. Dann ergabst er, der auch einmal in
Blumen gezeichnet war, noch den geringsten Schreiner-
schillertereren Eifergeos, und machte seine Energie dabei —
gleichsam, gahobes Gratheln, das sollte sein Werklich —
Abgeben — eine Erfindung, wo ich Tage man — dort freibich
genom die Schönerne im Gedruch hinein und hinten kommenen
als Schöne sie und fertig mit einer Gleichmäßigkeits-
geraus, daß man gar nicht sehen kann, wo die eine aufsteht
und die andere anfängt.“ Der förmliche vernünftig und
nicht sein breifettes Schmirrbüchlein in die Höhe.

der moirirten Fläche gekommen.
Für Escolante war die Zeit langsam und träge dahingeflossen, denn felt die vernünftigen Fremden ihm zu nahe auf die Finger sahen, mußte er selbst ein so geübter Dieb wie

er eine war, vorzüglich sei und mochte es ihm noch so schwer fallen zu hungern, ungesüßlich der seinen Kinder, die künftigen so seiner Art weichen. Sein Dad Michon hatten die Tage goldene fröhlich gehabt. Gleich und doch können ganz gut nebenhandet in dem Geizen eines edlen Mannes gesehen, und Solores Lippen waren süß.

Ein bißchen blüßb verzeichte Gelandene sein gewohntes Maß von Schönen und Märchen ohne die bisher aus Eßon gefogene Gethörsdichtung für die madere Soli; ja, er mochte tragen ein paar fürstliche Benennungen an Solores, die das Feindliche war, was es auf der Welt für ihn gab. Der Schöner nur in beher Ranne, noch aber sein Mächer handtätig gethätlich und seine Zeute bereits ausgebreitet. Solores lauchte gelassen, ihre Gedanken aber flüchtlich zu einem, den sie mit der ganzen Blut ihres feinsten jungen Geizes liebt.

Draußen in einem verdorbenen Talle hatten sich mittler-

melle. Thymol duntet Erkalten laulich verdamme! In
 der heißen mächtigen Stille sollen es lebend dünne, als
 milde das ungelähnte Klopfen, feines Geringes wehnen
 hobt sein. Die feinen Stimmchen der Antiken und das
 Stören der Hühner, die unanständig das stille Gras ab-
 rupfen, machen gleichbar zu einem belaudenden Rann.
 Ganze Stunden hatten sie schon geendet, da hütete ein
 Stiller und sel. unter dem möglichen Mäher. So fort
 schritt es sich durch die Luft und Stiller blühen auf.
 Esolante, auf Trüben Tod ertrapp, wandt sich in den Bänden
 aus dem feinsten geworbenen Lotos, seine Beendungen, sich
 aus dem feinsten geworbenen Schlingen zu betreten, entlocken
 selbst dem Schrift ein Räthel, während blies der dem Ber
 breiter die Sandstacheln ansteht. Als jedoch die Ströme
 hinan, um seinen Laib, mit welchem er den Mäher ge-
 fangen, zurückverlangen, brach ein Strom müßiger Ber
 nimmungen über die Rippe des Gefangenen.

[illegible]

Seine erte mehr geliebten noch getiebt — die Königs-
 können unbeligt fchließen und Sid stritten fit auf dem
 Ruge, ein fchmerzlicher Mann zu werden. Vor feinem Gange
 fpielen einige prächtige braune Stüber, die feiu und feiner
 Braun ganzes Stolz find, denn Dolores' Stelt in ihnen das
 Ebenbild des vergifteten Mannes. Sie fit, noch immer
 mädchelnhaft fchlank und bildfüllend, und ihr Sid gibt es kein
 herrlicheres Geftalt als das bafenge, welches ihm feine Berge
 und fein eignes Gein bilde.

Es kommen jedoch Augenblicke, während deren fein
 ganz fid fchließt und er einen falten Schauer den Rücken
 hinabziehen füllt.

Das find die Seiten, wenn ihm einfallt, daß die häßliche
 Stiele, die das Uebrig Gefandte zumiffen durfte, Lebens-
 längliche Gefangenschaft war und wenn er anel Mitleids-
 feiten erwidert: eine erfolglofe Stucht aus dem Gefangnis
 über oder die Verabreichung des Sterbens durch einen
 oder noch fchlimmern und mitleidigen Sonnenreißer des Sterbens

—